



Eingereichte Stellungnahmen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur 15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

1. Kantone (26)

- Zürich
- Bern
- Luzern
- Uri
- Schwyz
- Obwalden
- Nidwalden
- Glarus
- Zug
- Freiburg
- Solothurn
- Basel-Stadt
- Basel-Land
- Schaffhausen
- Appenzell Ausserrhoden
- Appenzell Innerrhoden
- St. Gallen
- Graubünden
- Aargau
- Thurgau
- Tessin
- Waadt
- Wallis
- Neuenburg
- Genf
- Jura

2. Politische Parteien (6)

- Bürgerlich-Demokratische Partei BDP
- Christlichdemokratische Volkspartei CVP
- FDP. Die Liberalen
- Grünliberale Partei glp
- Schweizerische Volkspartei SVP
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete (7)

- Schweizerischer Gemeindeverband
- Schweizerischer Städteverband
- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
- Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)
- Schweizerischer Bauernverband
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)
- Travail.Suisse

4. Übrige Organisationen und Interessenten (6)

- Schweizer Hotelier-Verein (hotelleriesuisse)
- Schweizer Tourismus-Verband STV
- Verband für Hotellerie und Restauration (gastrosuisse)
- Centre Patronal
- Fédération des Entreprises Romandes
- TREUHAND SUISSE (Schweizerischer Treuhänder-Verband)

5. Nicht offiziell angeschriebene Vernehmlassungsteilnehmer (44)

- Freiburger Hotelier Verband
- Walliser Hotelier-Verein
- Association pour le développement du nord vaudois, tourisme Yverdon-les-Bains région
- Association romande des hôteliers, Vaud - Fribourg - Neuchâtel – Jura
- Au parc hôtel Fribourg
- Bern Tourismus
- Berner Bergbahnen
- Chambre vaudoise des arts et métiers
- Gastro Zürich-City
- Gastrofribourg
- Gastrozürich
- Municipalité de Leysin
- Hôtel Cailler Charmey
- Hôtel Elite Fribourg
- Hôtel Ibis Bulle-La Gruyère
- Hotelier-Verein Berner Oberland
- Hotellerie Bern+ Mittelland
- Hotellerie Ostschweiz
- Hotelleriesuisse Graubünden
- Hotelleriesuisse Suisse romande, Yverdon-les-Bains région Broye et Vallée de Joux
- Hotelleriesuisse, Alpes vaudoises
- Hôtel-Restaurant Mont-Vully
- Interhome AG
- Jura bernois tourisme

- Jura tourisme
- Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren der Schweiz (RDK)
- Office du tourisme du canton de Vaud
- Parahotellerie Schweiz
- Park Inn Lully
- Promove
- Seilbahnen Freiburger Alpen
- Walliser Bergbahnen
- Schweizer Jugendherbergen
- Schweizerischer Seniorenrat
- Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband
- Seilbahnen Schweiz
- Sempachersee Tourismus
- Swiss Knife Valley AG
- Tourisme neuchâtelais
- Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG
- Transportunternehmen Zentralschweiz TUZ
- Wirtverband Basel-Stadt
- Zürcher Hoteliers
- Zürich Tourismus



Kommission für Wirtschaft und Abgaben
des Nationalrates
Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung STP
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

8. Februar 2017 (RRB Nr.115/2017)

**Parlamentarische Initiative 15.410 Mehrwertsteuer.
Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalrätinnen und Nationalräte

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. November 2016, mit dem Sie uns den Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer und den erläuternden Bericht zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und äussern uns gestützt auf den Fragebogen wie folgt:

Zu Frage 1:

Wir stimmen angesichts der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation der Beherbergungsbranche einer Verlängerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus zu.

Zu Frage 2:

Wir lehnen eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes auf Beherbergungsleistungen im Mehrwertsteuergesetz ab. Eine dauerhafte Bevorzugung einzelner Branchen gegenüber der gesamten Volkswirtschaft ist aus Gründen der Gleichbehandlung längerfristig nicht zu rechtfertigen. Aus Effizienz- und Wachstumsüberlegungen ist die Einführung eines Einheitsatzes als Fernziel anzustreben.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Nationalrätinnen und Nationalräte,
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:



Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Kommission des Nationalrates
für Wirtschaft und Abgaben
Frau Susanne Leutenegger Oberholzer
Präsidentin
3003 Bern

1. Februar 2017

RRB-Nr.:	
Direktion	Volkswirtschaftsdirektion
Unser Zeichen	---
Ihr Zeichen	--
Klassifizierung	Nicht klassifiziert



15.410 Parl. Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsdienstleistungen. Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Zusammen mit Graubünden und Wallis gehört Bern zu den drei wichtigsten Tourismuskantonen der Schweiz. Der Kanton Bern weist jährlich fünf Millionen Hotelübernachtungen auf. Vor allem im Berner Oberland, wo rund drei Viertel der kantonalen Übernachtungen verbucht werden, ist der Tourismus zentral und hat auch regionalpolitisch eine grosse Bedeutung. Viele Arbeitsplätze im alpinen Gebiet existieren nur dank den touristischen Leistungsträgern, insbesondere der Beherbergungsbranche.

Der Regierungsrat des Kantons Bern ist deshalb der Meinung, dass der Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen über das Jahr 2017 hinaus verlängert werden soll. Er unterstützt dabei den Antrag der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats, gemäss dem der Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden soll.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin

Der Staatsschreiber

Beatrice Simon

Christoph Auer



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
Telefax 041 210 83 01
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

per E-Mail an (Word- und PDF-Version):
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Luzern, 24. Januar 2017

Protokoll-Nr.: 95

**15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung
des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zu eingangs erwähnter Vorlage eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teile ich Ihnen mit, dass sich der Kanton Luzern sowohl für einen Bestand des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus als auch für eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes im Mehrwertsteuergesetz ausspricht.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Marcel Schwerzmann
Regierungspräsident

Beilage:
ausgefüllter Fragebogen Kanton Luzern

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman "Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen"

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf: Fragebogen
Antwort Kanton Luzern**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	JA.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll – wie es die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt – dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats: Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des MWST-Sondersatzes im Rahmen der Parlamentarischen Initiative de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 laden Sie uns zur Stellungnahme zum Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes ein. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen. Anhand des vorgegebenen Fragenkatalogs äussern wir uns wie folgt:

Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?

Es ist unbestritten, dass der Tourismus für die Schweizer Volkswirtschaft eine hohe Bedeutung hat. Rund viereinhalb Prozent aller Schweizer Arbeitskräfte sind in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt, wobei zirka drei Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet wird.

Innerhalb der Tourismusbranche spielt die Hotellerie eine zentrale Rolle. Die Beherbergungswirtschaft ist in letzter Zeit allerdings besonders gefordert: strukturelle Defizite, die globale Finanzkrise, verbunden mit einer schleppenden konjunkturellen Entwicklung in wichtigen Herkunftsländern und die starke Aufwertung des Schweizer Frankens zählen zu den grössten Herausforderungen. Davon sind insbesondere traditionelle Tourismusregionen wie der Kanton Uri betroffen, der viele Kleinbetriebe kennt.

Der Regierungsrat des Kantons Uri unterstützt daher den Fortbestand des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus.

Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?

Nein. Nicht nur die Beherbergungsbranche, sondern alle Exportbranchen sind mit dem starken Schweizer Franken konfrontiert. Der Mehrwertsteuer-Sondersatz ist eine Privilegierung der Beherbergungsbranche.

Der Regierungsrat des Kantons Uri erachtet es daher als wichtig, dass der Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen als strukturpolitisches Instrument regelmässig überprüft wird und unter politischer Beobachtung bleibt. Dies vor allem auch darum, weil der Sondersatz in der Vergangenheit der Beherbergungsbranche nicht geholfen hat, ihr Probleme nachhaltig zu lösen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 13. Dezember 2016

Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann: Beat Jörg
Der Kanzleidirektor: Roman Balli



6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

elektronisch an vernehmlassungen@estv.admin.ch

Schwyz, 20. Dezember 2016

Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Parlamentarischen Initiative 15.410 betreffend die dauerhafte Verankerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen zur Vernehmlassung bis 20. Februar 2017 unterbreitet.

Wir erachten es als äusserst wichtig, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand hat. Den immer noch bestehenden grossen Herausforderungen der Beherbergungsbranche aufgrund des Strukturwandels und der Wechselkurschwankungen soll weiterhin Rechnung getragen werden.

Um eine dauerhafte Strukturpolitik zu vermeiden, soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen im Mehrwertsteuergesetz nur befristet aufgenommen werden, so dass die Situation der Beherbergungsbranche Ende 2020 nochmals beurteilt werden kann.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:



Othmar Reichmuth, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

– Kopie an Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

A-Post

Sarnen, 17. Januar 2017

Vernehmlassung zum Vorentwurf betreffend dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Stellungnahme des Finanzdepartements Obwalden

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme in titelerwähnter Angelegenheit. Gerne verweisen wir auf unsere Antworten im beiliegenden Fragebogen.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Maya Büchi-Kaiser
Regierungsrätin

Beilage:
- Fragebogen

Kopie an:
- Volkswirtschaftsdepartement
- Herr Ständerat Erich Ettlin
- Herr Nationalrat Karl Vogler

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen OW

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Die Tourismusbranche leidet seit Jahren unter einem Nachfragerückgang, der insbesondere in den alpinen Regionen die Logiernächte betrifft. Eine längerfristige Verbesserung der Situation zeichnet sich nicht ab. Die Rahmenbedingungen der Beherbergungsbranche dürfen daher keinesfalls verschlechtert werden. Dazu gehört der Sondersatz bei der Mehrwertsteuer. Zwar ist für die Schweizerische Hotellerie die Mehrwertsteuer aufgrund der unterschiedenen Steuersätze (8,0 [ordentlicher Satz], 3,8 [Beherbergung] und der reduzierte Steuersatz von 2,5 [für Nahrungsmittel]) kompliziert, so dass ein einheitlicher Steuersatz die Arbeit erheblich erleichtern würde. Ein solcher ist jedoch leider nicht vorgesehen. Dies müsste in einer nächsten Revision unseres Erachtens <u>zwingend</u> angestrebt werden.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Im Interesse der Tourismusbranche, aber auch im Interesse der Planungssicherheit wird eine unbefristete Verankerung des Sondersteuersatzes für die Beherbergungsbranche im Mehrwertsteuergesetz begrüsst.

#606737



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 13. Dezember 2016

Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen (Parlamentarische Initiative de Buman). Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Spicher

Mit Schreiben vom 07. November 2016 laden Sie die Kantone um eine Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen ein.

Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen von aktuell 3.8 Prozent ist bis zum 31. Dezember 2017 befristet. Abgesehen von der Aufhebung der Befristung erfolgt keine Änderung des Gesetzestextes.

Seit längerem ist der Reformbedarf bei der Mehrwertsteuer allgemein anerkannt. Die reduzierten Sätze und die vielen Ausnahmen führen zu einem höchst komplexen und ineffizienten System und erfordern deshalb dringend eine Vereinfachung. Das ist nicht neu und allgemein bekannt. Umso nötiger und dringender ist eine Reform, gerade mit Blick auf die Frankenstärke und die vielerorts ausufernden administrativen Kosten.

Eine unbefristete Verankerung kommt nicht in Frage, weil wir die heutige Bevorzugung einer einzelnen Branche grundsätzlich als unfair erachten. Es handelt sich um eine Strukturpolitik ohne Rücksicht auf andere Branchen, die ebenfalls unter dem schwachen Euro leiden. Deshalb sollte der Sondersatz als strukturpolitisches Mittel regelmässig überprüft und unter politischer Beobachtung bleiben.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass dem Bund durch den Sondersatz jährlich rund 200 Millionen Franken entgehen. Der Finanzplan 2018-2020 des Bundesrates rechnet jedoch bereits mit den jährlichen Mehreinnahmen durch die Aufhebung des Sondersatzes. Wie eine allfällige Kompensation aussehen wird, ist offen.

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden lehnt eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen im Gesetz ab. Aufgrund der genannten Überlegungen wird die Weiterführung des Sondersatzes bis Ende 2020 befürwortet. Längerfristig sind die Ausnahmen für Sondersätze grösstenteils aufzuheben und die reduzierten Sätze abzuschaffen. Als zielführend und fair erachten wir die Einführung eines Einheitssatzes für alle Branchen.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Ueli Amstad
Landammann

lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- vernehmlassungen@estv.admin.ch

A-Post

Eidgenössische Steuerverwaltung
ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Glarus, 14. Februar 2017
Unsere Ref: 2016-335

Vernehmlassung i. S. 15.410 Pa.lv. de Buman - Mehrwertsteuer - Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen (Vorentwurf)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die Tourismusbranche leidet seit Jahren unter einem grossen Nachfragerückgang. Die Logiernächte gingen insbesondere in den alpinen Tourismusregionen stark zurück. Besonders betroffen von dieser Krise sind die Beherbergungsunternehmen. Der Druck auf die Preise ist durch den starken Franken und das hohe inländische Preisniveau massiv gestiegen. Der Sondersatz wurde eingeführt, um dem hohen Exportanteil der Tourismusbranche Rechnung zu tragen. Dieser Befund gilt weiterhin. Der Tourismussektor weist zudem eine hohe Preiselastizität der Nachfrage auf. Kleine Veränderungen des Preises können schon grosse Auswirkungen auf die Nachfrage haben. Dies erschwert die Situation zusätzlich. Würde jetzt der Mehrwertsteuersatz erhöht, hätte dies gravierende Konsequenzen für den Tourismus. Für die Tourismuswirtschaft ist der Sondersatz enorm wichtig, stabile rechtliche Rahmenbedingungen sind für sie zentral.

Der Kanton Glarus unterstützt deshalb die unbefristete Weiterführung des Mehrwertsteuersondersatzes für Beherbergungsleistungen.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

Rolf Widmer
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

Beilage: Fragebogen
E-Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

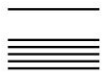
versandt am: 15. Februar 2017

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja. Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu dämpfen. Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen, zu massiv höheren Preisen als die ausländische Konkurrenz. Der tiefere MWST-Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar bei Weitem nicht wettmachen, wirkt jedoch nicht auch noch zusätzlich preistreibend.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Ja. Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, da nur so die dringend nötige Planungssicherheit für die Tourismuswirtschaft gewährt werden kann.



Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössische Steuerverwaltung
ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Zug, 24. Januar 2017 hs

15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Stellungnahme des Kantons Zug zum Vorentwurf

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 hat uns die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) den Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen sowie den dazugehörigen erläuternden Bericht zur Stellungnahme bis am 20. Februar 2017 unterbreitet.

Die Kommissionsmehrheit anerkennt die Schwierigkeiten der Beherbergungsbranche und möchte nach fünf Verlängerungen (seit 1996 bis Ende 2017) den Sondersatz (aktuell 3,8 %) nun unbefristet im Gesetz verankern. Die Minderheit der Kommission beantragt eine befristete Weiterführung des Sondersatzes bis Ende 2020. Sie lehnt eine dauerhafte Strukturpolitik ab.

Der Regierungsrat des Kantons Zug unterstützt den Minderheitsantrag der WAK-N und stellt folgenden

Antrag:

Der Sondersatz auf Beherbergungsleistungen sei bis zum 31. Dezember 2020 zu befristen. Alsdann sei über eine allfällig weitere Verlängerung zu befinden.

Begründung:

Dauerhafte Sondersätze verhindern respektive erschweren das langfristige Ziel einer umfassenden Vereinfachung der Mehrwertsteuer, da eine substanzielle Vereinfachung anerkannter-massen nur durch eine Reduktion der Anzahl Sondersätze zu erreichen ist.

Selbst die Argumente der Befürworter, wie der überbewertete Schweizer Franken (namentlich seit der Aufhebung der Anbindung an den Euro und die Schwächung des englischen Pfunds im Nachgang zur Brexit-Abstimmung) sowie der rapide Strukturwandel, sprechen eher für eine Befristung als für eine dauerhafte Einführung des Sondersatzes. Wechselkurse sind immer eine zeitbezogene Erscheinung und können relativ rasch wieder nach anderen Herausforderungen rufen. Der von den Befürwortern erwähnte rapide Strukturwandel, der bei der anerkannt kleinstrukturierten Branche der Beherbergung nötig und im Gange ist, würde mit einem dauerhaften Sondersatz an vitalisierender Erneuerungskraft einbüßen. Dabei gilt es gerade für diese Branche, sich marktnah zu positionieren.

Es sei auch der Hinweis erlaubt, dass andere Branchen ebenso den oben erwähnten Faktoren ausgesetzt sind und keine Hilfestellungen erhalten.

Eine Befristung bis Ende 2020 bietet die Möglichkeit, sich bis zu deren Ablauf Gedanken darüber zu machen, ob weiterhin auf 200 Millionen Franken Steuereinnahmen zugunsten einer Branche zu verzichten ist.

Zur Fragebeantwortung verweisen wir auf den ausgefüllten Fragebogen im Anhang.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Beilage:

- Fragebogen (ausgefüllt)

Kopie per E-Mail an:

- vernehmlassungen@estv.admin.ch (Word- und PDF-Version)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Volkswirtschaftsdirektion
- Finanzdirektion
- roger.wermuth@zg.ch

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll befristet bis Ende 2020 Gültigkeit haben.



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale STP
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

*Envoi par courriel, en format PDF et Word,
à l'adresse suivante :*
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Fribourg, le 31 janvier 2017

2017-661

15.410 lv.pa. de Buman. Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement. Procédure de consultation relative à un avant-projet

Monsieur,

Par courrier du 7 novembre 2016, vous nous avez soumis en consultation l'avant-projet et le rapport explicatif visant à ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement. Après avoir pris connaissance de cette documentation, nous avons le plaisir de vous transmettre la prise de position du canton de Fribourg :

L'avant-projet adopté par la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national pour ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement vise une inscription pour une durée indéterminée dans la loi.

Force est de constater que ce taux spécial, mis en place en 1996, a été prolongé à cinq reprises et que sa pérennisation permettrait à la branche hôtelière en particulier, et au tourisme en général, de poursuivre des plans de développement, non seulement à court, mais aussi à moyen et plus long terme.

Nous voyons les arguments suivants en faveur d'un ancrage définitif du taux spécial dans la loi :

1. Assurer la continuité

L'ancrage définitif du taux spécial pour les prestations d'hébergement perpétue la réglementation en vigueur et apporte une sécurité à long terme en matière de planification. La stratégie de développement du tourisme fribourgeois « Vision 2030 » vise trois axes prioritaires, dont celui primordial du développement de l'hébergement, des infrastructures et de l'accueil. Pour y parvenir et pour doubler l'impact économique du tourisme dans le canton de Fribourg à terme, cette prorogation définitive du taux spécial serait un signe positif pour la branche et n'engendrerait aucun surcoût par rapport à la situation actuelle.

2. Soutenir la compétitivité

La branche touristique est très sensible aux prix et le taux spécial constitue un moyen efficace pour soutenir la compétitivité internationale. Comme mentionné dans les annexes de l'initiative parlementaire, la grande majorité de nos concurrents européens (25 des 28 pays de l'UE) applique un taux spécial de TVA pour l'hébergement. Pour 21 de ces pays, le taux est inférieur ou égal à la moitié du taux normal applicable. La mesure est donc euro compatible et appliquée depuis de nombreuses années dans pratiquement tous les pays concurrents. C'est une stimulation de la demande et un moyen efficace pour favoriser la croissance et donc l'essor du tourisme. Même avec des coûts élevés (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires), cette branche contribue à créer de la valeur et, dans le canton de Fribourg, est étroitement liée à d'autres secteurs économiques.

3. Garantir la promotion des exportations

Les hôtes étrangers représentent une proportion importante des nuitées, tant au niveau national qu'à l'échelle cantonale. A l'inverse d'autres branches d'exportation, les prestations sont produites et consommées en Suisse, aux coûts et avec la main d'œuvre employée sur notre territoire. Le taux spécial de TVA constitue le principal levier d'encouragement à l'exportation des prestations touristiques, en plus du marketing réalisé par tous les organes de promotion de la branche.

Au final, tant le peuple que les politiques se sont prononcés à plusieurs reprises pour un statu quo en matière de TVA. Ancrer définitivement le taux spécial dans la loi tient compte de cette position.

Pour les raisons exposées, nous soutenons l'initiative parlementaire de Buman visant à inscrire définitivement le taux spécial dans la loi.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Maurice Ropraz
Président

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Annexe

—

Questionnaire

Communication :

- a) à la Direction de l'économie et de l'emploi ;
- b) aux autres Directions ;
- c) à l'Union fribourgeoise du Tourisme, Route de la Glâne 107, Case postale 1560, 1701 Fribourg ;
- d) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Extrait de procès-verbal non signé, l'acte signé peut être consulté à la Chancellerie d'Etat

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

**Procédure de consultation relative à l'avant-projet
Questionnaire**

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Durablement

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Eidgenössische Steuerverwaltung
ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

23. Januar 2017

Vernehmlassung zu 15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 haben Sie uns den Parlamentarischen Vorstoss 15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn befürwortet die Verlängerung des MwSt-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus. Damit soll der erschwerten Situation der Tourismusbranche aufgrund der Frankenstärke Rechnung getragen werden.

Allerdings schliesst sich der Regierungsrat der Minderheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates an und befürwortet eine zeitliche Begrenzung des Sondersatzes bis Ende 2020. Dies im Wissen, dass die Gewährung des Sondersatzes einer Subvention gleichkommt, welche bei geänderten währungsbedingten Rahmenbedingungen für die Tourismusbranche bei Auslauf der Befristung neu beurteilt werden soll.

Besten Dank für Ihre Bemühungen und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Sig. Dr. Remo Ankli
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Fragebogen

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Nur befristet bis Ende 2020



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung Steuerpolitik HA STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Basel, 1. Februar 2017

Präsidialnummer: P161690

Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2017

**15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für
Beherbergungsleistungen
Vernehmlassungsverfahren
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 an die Kantonsregierungen hat die Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats, Frau Susanne Leutenegger Oberholzer, den Kantonen mit Frist bis 20. Februar 2017 Gelegenheit zur Stellungnahme zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer gegeben.

Der Regierungsrat lehnt den Vorschlag der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben für eine definitive Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen im Mehrwertsteuergesetz ab und befürwortet stattdessen den Antrag der Kommissionminderheit um Verlängerung der Frist für die Anwendung des Sondersatzes. Die Argumentation der Kommissionminderheit ist nach Auffassung des Regierungsrats sachgerecht und einleuchtend. Wir verweisen diesbezüglich auch auf den ausgefüllten beiliegenden Fragebogen.

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage: Fragebogen

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für Wirtschaft und Abgaben des
Nationalrates (WAK-N)
Frau Susanne Leutenegger Oberholzer
3003 Bern

Liestal, 7. Februar 2017
anb

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 15.410 betr. „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrte Frau Nationalrätin Leutenegger Oberholzer

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. November 2016 zum oben erwähnten Geschäft und nehmen dazu gerne Stellung. Zu den von Ihnen gestellten Fragen äussern wir uns wie folgt:

1. Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?

Ja. Aus volkswirtschaftlicher Sicht vertrat der Regierungsrat bereits in seiner letzten Vernehmlassung zur Mehrwertsteuer die Ansicht, dass unterschiedliche Steuersätze bei der Mehrwertsteuer abzulehnen sind, da sie zu Wettbewerbsverzerrungen und höherem administrativem Aufwand für die Betriebe und die Verwaltung führen. In Anbetracht der Herausforderungen vor denen die Beherbergungsindustrie auch in den kommenden Jahren stehen wird, erachtet der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft die Aufhebung des MwSt-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen per 2018 als verfrüht.

2. Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?

Nein. Der Mehrwertsteuer-Sondersatz stellt eine Bevorzugung der Beherbergungsbranche dar. Dieses strukturelle Instrument sollte nach Ansicht des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft regelmässig überprüft und neu festgelegt werden. Dabei ist insbesondere auch die finanzielle Lage des Bundeshaushalts in die Erwägungen mit einzubeziehen. Eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes würde im Falle einer weiteren Verschlechterung des Haushaltsgleichgewichtes den Bundeshaushalt unnötig belasten. Damit steigt das Risiko für Kostenverschiebungen zu Lasten der Kantone, was wir entschieden ablehnen.

Für die Möglichkeit zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse

Thomas Weber, Regierungspräsident

Peter Vetter, Landschreiber

**Kanton Schaffhausen
Regierungsrat**

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Kommission für Wirtschaft und
Abgaben

per E-Mail:
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Schaffhausen, 17. Januar 2017

**Dauerhafte Verankerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für
Beherbergungsleistungen; Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter
Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns
wie folgt:

*1. Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das
Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?*

Der reduzierte Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte über das Jahr 2017 hinaus
Bestand haben.

*2. Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz
verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des
Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der
Kommission vorschlägt?*

Der Sondersatz wurde im Jahre 1996 eingeführt und seither insgesamt fünfmal verlängert. Der
Sondersatz besteht somit seit bereits mehr als 20 Jahren. Aus Sicht des Kantons
Schaffhausen sind keine Einwände gegen eine unbefristete Verankerung zu erheben. Denn
auch eine nur befristete Verlängerung würde, angesichts der bisherigen Praxis, wohl kaum
dazu führen, dass Beherbergungsleistungen ab dem Jahre 2021 ordentlich besteuert würden.

Es sollte daher die Möglichkeit ergriffen werden, das Faktische in das Rechtliche zu überführen und Planungssicherheit in erhöhtem Mass zu gewährleisten. Wir bevorzugen somit wie die Kommissionsmehrheit eine unbefristete Verankerung.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:

Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 20. Januar 2017

Eidg. Vernehmlassung; 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrter Herr Spicher

Mit Schreiben vom 7. November 2016 unterbreitet die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates dem Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden den Vorentwurf zur eingangs genannten Parlamentarischen Initiative.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden unterstützt den Vorschlag der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates, den Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen bei der Mehrwertsteuer nun definitiv im Gesetz zu verankern. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass mit der unbefristeten Verankerung des Sondersatzes eine weitreichende Strukturpolitik betrieben wird. Für Appenzell Ausserrhoden ist die Tourismusbranche jedoch von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Mit einer definitiven Verankerung des Sondersatzes können Planungssicherheit, Verlässlichkeit und Kontinuität für die Branche in erhöhtem Mass gewährleistet werden.

In der Beilage überlassen wir Ihnen zudem den Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	ja

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	dauerhaft verankern



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidgenössische Steuerverwaltung
ESTV
Hauptabteilung STP
Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Appenzell, 9. Dezember 2016

Parlamentarische Initiative Buman / Dauerhafte Senkung des Sondersatzes bei der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das Schreiben der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats vom 7. November 2016, mit welchem um Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative Buman / Dauerhafte Senkung des Sondersatzes bei der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen ersucht wird.

Die Standeskommission hat die Vorlage geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Tourismusbranche und insbesondere der Beherbergungssektor ist für den Kanton Appenzell I.Rh. von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Dementsprechend erachtet es die Standeskommission aus Gründen der Planungssicherheit, der Verlässlichkeit und der Kontinuität für sachgerecht, den Sondersatz für Beherbergungsleistungen bei der Mehrwertsteuer definitiv im Gesetz zu verankern. Nach nunmehr 20 Jahren provisorischem Zustand ist es an der Zeit, eine definitive gesetzliche Grundlage zu schaffen. Die Standeskommission unterstützt die Haltung der Kommissionsmehrheit.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- vernehmlassungen@estv.admin.ch
- Finanzdepartement, Sekretariat, Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständeratspräsident Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
des Nationalrates
c/o Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung STP
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 25. Januar 2017

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman «Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen»

Sehr geehrte Frau Kommissionpräsidentin

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 7. November 2016 und die Gelegenheit, zu rubrizierter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Der von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorgeschlagenen Regelung (dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen) stimmen wir zu, obwohl bei der Besteuerung aus grundsätzlichen Überlegungen möglichst keine Ausnahmeregelungen zur Anwendung kommen sollten. Wird indessen an der Ausnahmeregelung festgehalten, dann sollte diese möglichst dauerhaft ausgestaltet werden.

Wegen der anhaltenden Unsicherheit bezüglich des Frankenkurses und des laufenden Strukturwandels im Tourismus ist eine dauerhafte Festsetzung des Sondersatzes der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen von 3,7 Prozent begrüssenswert. Damit steigen die Rechtssicherheit und die Möglichkeit, längerfristige Investitionen in den Tourismus zu amortisieren.

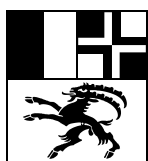
Im Namen der Regierung

Martin Klöti
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@estv.admin.ch



Sitzung vom

07. Februar 2017

Mitgeteilt den

07. Februar 2017

Protokoll Nr.

85

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Per E-Mail an:

vernehmlassungen@estv.admin.ch

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman: Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 7. November 2016 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne machen wir davon wie folgt sowie im beigeschlossenen Fragebogen Gebrauch.

Bedeutung und aktuelle Lage des Bündner Beherbergungssektors

Ende 2014 zählten insgesamt 895 Bündner Beherbergungsbetriebe 12 285 Beschäftigte (10 646 Vollzeitäquivalente), was rund 10,8 Prozent aller Arbeitsplätze in Graubünden entspricht. In keinem anderen Kanton hat die Beherbergungsbranche auch nur annähernd dieselbe wirtschaftliche Bedeutung. Die Kantone Obwalden und das Wallis folgen mit Anteilen von 5,6 bzw. 5,1 Prozent. Der Schweizer Mittelwert liegt bei 1,6 Prozent.

Wie auch im erläuternden Bericht der NR-WAK ausgeführt, haben sich die Frequenzen der Hotellerie im Zeitraum von 2008 bis 2015 in Graubünden mit einem Minus von insgesamt 24,4 Prozent besonders negativ entwickelt (Schweiz minus 6 Prozent). Die diesbezüglichen Ausführungen im Bericht, dass zu den grössten Herausforderungen insbesondere strukturelle Defizite, die globale Finanzkrise verbunden mit einer schleppenden konjunkturellen Entwicklung in wichtigen Herkunftsländern und die starke Aufwertung des Schweizer Frankens zählen sowie dass ein wesentliches Problem der Schweizer Tourismuswirtschaft in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit geortet werde, treffen somit auf die Bündner Beherbergungsbranche überdurchschnittlich zu.

Gründe für den reduzierten Beherbergungssatz

Es gibt wesentliche Gründe für einen unbefristeten reduzierten Mehrwertsteuersatz in der Beherbergungsbranche.

- Sicherstellung der standortgebundenen Exportförderung: In Graubünden beispielsweise fallen 40 Prozent aller Übernachtungen in der Hotellerie auf ausländische Gäste.
- Gewährleistung der Kontinuität: Eine Auflösung des Sondersatzes wäre eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen und wäre in der aktuellen, aufgrund des starken Frankens als deutlich verschlechterte wirtschaftliche Situation für die Branche kaum verkraftbar, zumal die strukturellen Herausforderungen für den Beherbergungssektor weiterhin hoch sind.
- In 25 von 28 EU-Staaten werden heute Beherbergungsleistungen mit einem Sondersatz besteuert; gerade auch die direkten, nahen Mitbewerber der Bündner Beherbergungsbranche in Österreich (Sondersatz bei 13 Prozent, Normalsatz bei 20 Prozent) und Italien (Sondersatz bei 10 Prozent, Normalsatz bei 22 Prozent) profitieren von deutlich ermässigten Besteuerungssätzen. Der reduzierte Satz in der Schweiz sorgt in diesem Bereich für gleich lange Spiesse und trägt damit zur Wettbewerbsfähigkeit der Branche bei. Zwar kann der Sondersatz die bedeutenden Preisunterschiede nicht wettmachen, aber zumindest lindern.
- Eine definitive Verankerung des Satzes könnte zudem die langfristige Planungssicherheit der einzelnen Unternehmen vereinfachen.

Daneben gibt es auch Gründe für eine weitere Befristung des Sondersatzes.

- Aus ordnungspolitischer Sicht wäre die heutige Bevorzugung der Beherbergungsbranche, wie es auch die Kommissionminderheit des Nationalrats ausführt, kritisch zu betrachten. Es gibt auch andere Wirtschaftsbranchen, die stark unter dem schwachen Euro leiden und nicht bevorzugt werden.
- Eine erneute Befristung würde auch weiterhin eine regelmässige Überprüfung erlauben.
- Der Sondersatz hat auch nach 20 Jahren noch nicht massgeblich geholfen, die Probleme der Branche nachhaltig zu beheben – eine definitive Verankerung könnte allenfalls den Blick auf neue, langfristig angelegte Lösungsmöglichkeiten erschweren.
- Dem Bund entgehen durch den reduzierten Satz jährlich rund 200 Millionen Franken an Steuereinnahmen, wobei dies in den letzten 20 Jahren auch bereits der Fall war.

Fazit

Aufgrund der oben dargelegten Gründe ist die Frage 1 im Fragebogen (Sondersatz auch über das Jahr 2017 hinaus) klar zu bejahen.

Was die Frage bezüglich dauerhafte Verankerung oder weitere Befristung anbelangt (Frage 2), so überwiegen nach Ansicht der Regierung des Kantons Graubünden die Gründe für die definitive, unbefristete Verankerung des Sondersatzes die Gründe für eine weitere Befristung.

Zwar würde es die weitere Befristung des Sondersatzes bis ins Jahr 2020 ermöglichen, die Situation in vier Jahren erneut zu beurteilen und über die Fortführung auf Grundlage allenfalls neuer Erkenntnisse zu entscheiden. Dies auch mit Blick auf die gegenwärtig dynamische Entwicklung des gesamten Beherbergungssektors, die künftig allenfalls eine gesamtheitliche Anpassung der Rahmenbedingungen verlangt. Die Bündner Tourismuswirtschaft setzt sich allerdings seit Jahren für eine unbefristete gesetzliche Verankerung des Sondersatzes ein. Er hat sich seit 20 Jahren bewährt. Zudem erhöht er die unter den aktuellen Gegebenheiten dringend nötige Planungssicherheit der Beherbergungsbetriebe. Eine weitere eher kurze Befristung würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen, welche das Investitionsklima in der Beherbergungs- und Gastgewerbebranche zusätzlich verschlechtern würde. Investitionen sind aber weiterhin für die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Branche sehr wichtig.

Im Lichte dessen wird die Frage 2 mit „dauerhaft“ beantwortet.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Antworten.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

Der Kanzleidirektor:

B. Janom Steiner

Dr. C. Riesen

Beilage: Fragebogen

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	JA

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	DAUERHAFT

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

25. Januar 2017

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Spicher
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 wurden die Kantone zur Vernehmlassung über den Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des MwSt.-Sondersatzes für Beherbergungsdienstleistungen eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und nehmen diese gerne wahr.

Der Regierungsrat begrüsst den Grundsatzentscheid, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen weiterhin gelten soll. Er teilt jedoch die Meinung der Minderheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats, dass die Weiterführung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen befristet erfolgen soll, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Regierungsrat anerkennt die Schwierigkeiten der Beherbergungsbranchen aufgrund des sich schnell wandelnden Markts sowie der Wechselkursschwankungen. Die Beherbergungsbranche ist jedoch nicht die einzige Branche, welche sich diesen Herausforderungen zu stellen hat. Durch die unbefristete gesetzliche Verankerung würde ein falsches Signal gesendet, wodurch eventuell andere Branchen auch eine Sonderbehandlung verlangen würden. Schon der momentane Sondersatz bevorzugt die Beherbergungsbranche gegenüber vielen anderen Branchen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Beilage
• Fragebogen

Kopie

- vernehmlassungen@estv.admin.ch

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman "Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen"

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf

Fragebogen

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Nein

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Nationalrat
Kommission für Wirtschaft und Abgaben
3003 Bern

Frauenfeld, 14. Februar 2017

15.410 Pa. Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Bezugnehmend auf Ihre Einladung vom 7. November 2016 zur Vernehmlassung in obgenannter Sache äussern wir uns dazu wie folgt:

Wir sind der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen nur befristet bis Ende 2020 im Mehrwertsteuergesetz verankert werden soll.

Die Tourismusbranche ist als exportorientierte, personalintensive Branche im Hochlohnland Schweiz durch die starke Aufwertung des Schweizer Frankens gefordert. Als Branche, in der eine hohe Qualität der Dienstleistung im Vordergrund steht, sind die Rationalisierungsmöglichkeiten im personellen Bereich beschränkt. Ebenso kann sie ihre Dienstleistungen auch nicht ins Ausland verlagern. Ein prosperierender Tourismus löst in nachgelagerten Wirtschaftszweigen wie Nahrungsmittelbranche, Detailhandel, Baugewerbe und Kommunikationsbranche wertvolle indirekte Nachfrageimpulse aus. Im Sinne einer Fördermassnahme sollen die Beherbergungsbetriebe weiterhin vom Sondersatz der MWST profitieren können und so als Motoren der Tourismusbranche bestehen.

Grundsätzlich tendieren wir zu einem einheitlichen MWST-Satz für alle Branchen. Von einer definitiven, dauerhaften Verankerung des bestehenden MWST-Sondersatzes sehen wir deshalb ab und befürworten die Verlängerung bis Ende 2020 und die anschliessende erneute periodische Prüfung der aktuellen Situation.

2/2

Für das Weitere verweisen wir auf den beigelegten, ausgefüllten Fragebogen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Beilage: ausgefüllter Fragebogen

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll weiterhin Gültigkeit haben.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Nein, der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll nur befristet bis Ende 2020 im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Begründung: Die Tourismusbranche ist als exportorientierte, personalintensive Branche im Hochlohnland Schweiz durch die starke Aufwertung des Schweizer Frankens gefordert. Als Branche, in der eine hohe Qualität der Dienstleistung im Vordergrund steht, sind die Rationalisierungsmöglichkeiten im personellen Bereich beschränkt. Ebenso kann sie ihre Dienstleistungen auch nicht ins Ausland verlagern. Ein prosperierender Tourismus löst in nachgelagerten Wirtschaftszweigen wie Nahrungsmittelbranche, Detailhandel, Baugewerbe und Kommunikationsbranche wertvolle indirekte Nachfrageimpulse aus. Im Sinne einer Fördermassnahme sollen die Beherbergungsbetriebe weiterhin vom Sondersatz der MWST profitieren können und so als Motoren der Tourismusbranche bestehen. Grundsätzlich tendieren wir zu einem einheitlichen MWST-Satz für alle Branchen. Von einer definitiven, dauerhaften Verankerung des bestehenden MWST-Sondersatzes sehen wir ab und befürworten die Verlängerung bis Ende 2020 und anschliessende erneute periodische Prüfung der aktuellen Situation.

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Amministrazione federale delle
contribuzioni
Divisione principale Politica fiscale STP
Schwarztorstrasse 50
3003 Berna

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Presa di posizione del Consiglio die Stato sull'iniziativa parlamentare "Inserire in modo permanente l'aliquota speciale IVA per le prestazioni del settore alberghiero"

Gentili Signore,
Egregi Signori,

vi ringraziamo per averci consultati e invitati a esprimere un parere sull'iniziativa indicata a margine.

Il Consiglio di Stato approva la scelta di ancorare in modo permanente l'aliquota speciale IVA per le prestazioni del settore alberghiero per i motivi esposti nel seguito.

L'aliquota speciale in oggetto è stata introdotta nel 1996 come misura provvisoria in considerazione della vocazione all'esportazione del settore alberghiero e con l'obiettivo di salvaguardare la sua competitività.

Questo contesto rimane immutato. Anzi, per poter reggere alla forte concorrenza internazionale, l'industria alberghiera necessita oggi più che mai di condizioni economiche quadro favorevoli. Infatti, il settore turistico in Svizzera è da anni confrontato con una diminuzione della domanda e il settore alberghiero ne risulta particolarmente colpito. Ciò vale anche per il nostro Cantone.

Le possibilità di mantenere stabile la domanda da parte dei potenziali ospiti provenienti dall'estero è fortemente minacciata dall'agguerrita concorrenza internazionale, dalla crisi finanziaria in molti paesi, dall'apprezzamento del franco svizzero, dalla maggiore pressione sui prezzi, peraltro già in generale elevati nel nostro paese, nonché dall'alta elasticità della domanda in funzione di variazioni del prezzo.

In questo contesto va inoltre rilevato che le prestazioni del settore alberghiero soggiacciono a un'aliquota IVA ridotta nella maggior parte dei Paesi europei.

Un'eventuale abolizione dell'aliquota speciale dell'IVA (attualmente del 3,8%) e un suo adeguamento all'aliquota ordinaria avrebbe pertanto delle conseguenze estremamente negative per l'intero settore turistico, che è molto importante nel nostro Cantone. Infatti, come risulta dal recente studio sull'impatto economico del turismo in Ticino pubblicato dal nostro Cantone nel febbraio 2015, questo settore genera circa il 10% del prodotto interno (oltre 2 mia. CHF) lordo e assicura il 12% dell'occupazione totale (corrispondenti a oltre 22'000 ETP).

Dato che le attività legate al turismo sono soprattutto ad alta intensità di lavoro e la produttività relativamente inferiore, il settore turismo occupa un numero maggiore di persone nei confronti di altri rami economici. Un ulteriore drastico calo della domanda avrebbe pertanto delle gravi conseguenze sull'occupazione in questo importante settore.

Il Consiglio di Stato del Canton Ticino sostiene la proposta d'inserire l'aliquota speciale in modo permanente nella legge sull'IVA.

Riteniamo che dopo cinque proroghe del regime provvisorio sia giunto il momento di offrire una sicurezza giuridica e di pianificazione a questo particolare settore. Ciò, senza causare costi supplementari: infatti, si manterrebbe semplicemente lo status quo, ossia il regime attualmente vigente.

In questo modo potrebbero inoltre essere favoriti gli investimenti nel ramo alberghiero, in quale si trova da anni confrontato con deficit strutturali che rendono difficile reperire i fondi per il necessario rinnovo delle proprie infrastrutture.

Il Consiglio di Stato è pertanto convinto che l'aliquota speciale permanente costituirebbe un supporto a questo ramo economico importante interessato da una rapida trasformazione strutturale e costantemente esposto a una forte concorrenza internazionale.

Ringraziandovi sin d'ora per l'attenzione che rivolgerete alle nostre considerazioni, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Il Cancelliere:

Paolo Beltraminelli

Arnoldo Coduri

Allegato: Questionario Cantone Ticino

Copa (invio interno)a:

- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch);
- Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch);
- Ufficio dello sviluppo economico (dfe-use@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

15.410 Iniziativa parlamentare de Buman «Inserire in modo permanente l'aliquota speciale IVA per le prestazioni del settore alberghiero»

Procedura di consultazione sul progetto preliminare

Questionario Cantone Ticino

1.	Ritenete che l'aliquota speciale IVA per le prestazioni del settore alberghiero debba essere mantenuta anche dopo il 2017?
Risposta	Il Consiglio di Stato è favorevole a che l'aliquota speciale IVA per le prestazioni del settore alberghiero sia mantenuta anche dopo il 2017 L'aliquota speciale in oggetto è stata introdotta nel 1996 come misura provvisoria in considerazione della vocazione all'esportazione del settore alberghiero e con l'obiettivo di salvaguardare la sua competitività. Questo contesto rimane immutato. Anzi, per poter reggere alla forte concorrenza internazionale, l'industria alberghiera necessita oggi più che mai di condizioni economiche quadro favorevoli. Infatti, il settore turistico in Svizzera è da anni confrontato con una diminuzione della domanda e il settore alberghiero ne risulta particolarmente colpito. Ciò vale anche per il nostro Cantone. Le possibilità di mantenere stabile la domanda da parte dei potenziali ospiti provenienti dall'estero è fortemente minacciata dall'agguerrita concorrenza internazionale, dalla crisi finanziaria in molti paesi, dall'apprezzamento del franco svizzero, dalla maggiore pressione sui prezzi, peraltro già in generale elevati nel nostro paese, nonché dall'alta elasticità della domanda in funzione di variazioni del prezzo. In questo contesto va inoltre rilevato che le prestazioni del settore alberghiero soggiacciono a un'aliquota IVA ridotta nella maggior parte dei Paesi europei. Un'eventuale abolizione dell'aliquota speciale dell'IVA (attualmente del 3,8%) e un suo adeguamento all'aliquota ordinaria avrebbe pertanto delle conseguenze estremamente negative per l'intero settore turistico, che è molto importante nel nostro Cantone. Infatti, come risulta dal recente studio sull'impatto economico del turismo in Ticino pubblicato dal nostro Cantone nel febbraio 2015, questo settore genera circa il 10% del prodotto interno (oltre 2 mia. CHF) lordo e assicura il 12% dell'occupazione totale (corrispondenti a oltre 22'000 ETP). Dato che le attività legate al turismo sono soprattutto ad alta intensità di lavoro e la produttività relativamente inferiore, il settore turismo occupa un numero maggiore di persone nei confronti di altri rami economici. Un ulteriore drastico calo della domanda avrebbe pertanto delle gravi conseguenze sull'occupazione in questo importante settore.

2.	Ritenete che l'aliquota speciale debba essere inserita in modo permanente nella legge sull'IVA, come proposto dalla maggioranza della Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale, oppure che debba essere solo prorogata sino a fine 2020, come proposto dalla minoranza della Commissione?
Risposta	<i>Il Consiglio di Stato del Canton Ticino sostiene la proposta d'inserire l'aliquota speciale in modo permanente nella legge sull'IVA.</i> Riteniamo che dopo cinque proroghe del regime provvisorio sia giunto il momento di offrire una sicurezza giuridica e di pianificazione a questo particolare settore. Ciò, senza causare costi supplementari: infatti, si manterrebbe semplicemente lo status quo, ossia il regime attualmente vigente. In questo modo potrebbero inoltre essere favoriti gli investimenti nel ramo alberghiero, il quale si trova da anni confrontato con deficit strutturali che rendono difficile reperire i fondi per il necessario rinnovo delle proprie infrastrutture. Il Consiglio di Stato è pertanto convinto che l'aliquota speciale permanente costituirebbe un supporto a questo ramo economico importante interessato da una rapida trasformazione strutturale e costantemente esposto a una forte concorrenza internazionale.

Réf. : CS/15021548

Lausanne, le 15 février 2017

Initiative parlementaire « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »
Prise de position du Conseil d'Etat du Canton de Vaud

Monsieur,

Nous nous référons à la correspondance du 7 novembre 2016 de la Présidente de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N), Madame la Conseillère nationale Susanne Leutenegger Oberholzer, relative à l'objet mentionné sous rubrique.

Par la présente, nous avons l'avantage de vous faire part de la position du Gouvernement vaudois sur cet objet.

En préambule, le Conseil d'Etat reconnaît pleinement le rôle central du secteur de l'hébergement dans l'économie touristique, elle-même composante déterminante de notre économie d'exportation en termes de création de valeur et d'emplois, mais également de rayonnement de la Suisse à l'échelle internationale.

Nous sommes également parfaitement conscients des difficultés auxquelles le secteur de l'hébergement est confronté dans un contexte de changement des modes de consommation de biens et services touristiques, d'impacts des nouvelles technologies sur les modèles d'affaires de ce secteur, de concurrence accrue entre les destinations ainsi que de cherté du franc suisse.

Parallèlement, le Gouvernement vaudois considère que l'hébergement marchand constitue une solution centrale et durable dans le repositionnement socio-économique des régions touristiques, en particulier de montagne, des suites des effets économiques induits par la mise en œuvre de l'initiative Weber sur les résidences secondaires.

Fort de ces constats, le Conseil d'Etat s'est attelé, dès 2015, à définir une politique cantonale de soutien à l'hébergement marchand dans le cadre de la démarche « Alpes vaudoises 2020 ». Résolument innovante à l'échelle nationale, cette politique publique vise à aider les propriétaires d'hôtel – par le biais d'une aide cantonale à fonds perdu

subsidaire – à rassembler les fonds propres nécessaires au renouvellement et à l'amélioration qualitative de leur outil de production.

Cet outil permet de faciliter l'accès des hôteliers aux crédits de la Société suisse de crédit hôtelier (SCH) ou à d'autres formes de financement. Les aides ainsi allouées par le Canton de Vaud ont l'avantage d'avoir un impact *direct* sur la requalification de l'offre hôtelière alors que le taux spécial de TVA ne fait que d'abaisser le prix facturé à la clientèle, ou de réduire les charges devant être supportées par les exploitants. Ces effets sont en soit bienvenus, mais sans relation directe avec l'amélioration de l'offre.

Or, si le facteur prix lié au taux spécial de TVA reste essentiel, le rapport qualité/prix constitue, aux yeux du Conseil d'Etat, le principal défi du secteur de l'hébergement en Suisse en matière de compétitivité.

Nous sommes dès lors d'avis que la mesure structurelle visant à reconduire, de manière limitée ou non, un taux spécial de TVA doit rapidement s'accompagner d'une solution à long terme propre à s'attaquer *directement* à l'enjeu central de la requalification de l'offre hôtelière.

Sur la question spécifique de la pérennisation ou de la limitation à 2020, reconductible, du taux spécial, le Conseil d'Etat se prononce en faveur de la deuxième option, à l'instar de la minorité de la CER-N. Il estime qu'au vu des reconductions successives intervenues entre 1996 et aujourd'hui, une telle limitation, reconductible, ne devrait pas engendrer de difficulté particulière. Par ailleurs, il invite le Conseil fédéral ainsi que les Chambres à réfléchir à une révision du mandat légal confié à la SCH en lui permettant, par exemple, d'allouer des prêts sans intérêts, ce par une modification de l'article 8 de la loi fédérale du 20 juin 2003 sur l'encouragement du secteur de l'hébergement.

En vous remerciant d'avoir consulté le Canton de Vaud, nous vous prions de croire, Monsieur, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER

Pierre-Yves Maillard

Vincent Grandjean

Annexe : questionnaire

Copies

- OAE
- SPECO

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

**Procédure de consultation relative à l'avant-projet
Questionnaire**

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le Conseil d'Etat estime que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement peut être prolongé jusqu'à la fin 2020. Au vu de l'expérience des reconductions successives du taux spécial, cette limitation, elle aussi reconductible, ne devrait pas occasionner de difficulté particulière. Cette mesure doit toutefois, s'accompagner d'une solution à long terme propre à s'attaquer directement à l'enjeu central de la requalification de l'offre hôtelière.



Conseil d'Etat
Staatsrat

**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Referenzen DWE/DVER
Datum

**Stellungnahme zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 5.410 de Buman.
Mehrwertsteuer - Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 7. November 2016 zu einer Stellungnahme bezüglich der obenstehenden parlamentarischen Initiative eingeladen.

Der Kanton Wallis ist als eine der wichtigsten Tourismusregionen der Schweiz stets bemüht, die Rahmenbedingungen für den Tourismus laufend zu verbessern und Anpassungen anzustossen. Die gesamte Tourismusbranche ist durch die Aufhebung des Mindestkurses des Frankens durch die Schweizerische Nationalbank und aufgrund der Kostennachteile im Vergleich zum benachbarten herausgefordert.

In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates, welche den Sondersatz der Mehrwertsteuer für die Beherbergung von 3.8% nach fünf Verlängerungen nun unbefristet im betreffenden Gesetz verankern will. Mit diesem wichtigen Vorhaben wird eine sehr wichtige Wirtschaftsbranche, insbesondere auch für das Berggebiet, unterstützt, welche momentan vor vielen Herausforderungen steht.

In diesem Sinne danken wir für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Im Namen des Staatsrates

Die Präsidentin

Der Staatskanzler

Esther Waeber-Kalbermatten

Philipp Spörri

Kopie an Walliser Hotelierverein, Maison du Valais, 1950 Sitten
Walliser Tourismuskammer, Maison du Valais, 1950 Sitten



Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion
Tel. 027 606 21 00 · Fax 027 606 21 04

Distribution :

Destinataire..... 1 (original)
 SCAV 1
 DFS 1
 DDTE 2
 Chancellerie..... 1

Administration fédérale des contributions AFC
 Division principale politique fiscale STP
 Monsieur Beat Spicher
 Schwarztorstrasse 50
 3003 Berne

Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement – Procédure de consultation

Monsieur,

Le Conseil d'État a pris connaissance de la consultation concernant un avant-projet de modification de la loi fédérale régissant la taxe sur la valeur ajoutée (loi sur la TVA), visant à y inscrire pour une durée illimitée le taux spécial applicable à l'hébergement. Il vous remercie de lui donner la possibilité d'exprimer son avis dans le cadre de la procédure de consultation.

Le secteur de l'hébergement connaît depuis de nombreuses années des difficultés aussi bien structurelles que conjoncturelles, notamment liées à la fluctuation des taux de change. Ainsi, de 2008 à 2015, les nuitées d'hôtes étrangers ont reculé de 11%, touchant plus particulièrement les régions alpines les plus touristiques. Une étude récente de BAKBASEL montre que le secteur helvétique du tourisme est fortement handicapé par la cherté de ses prestations, laquelle est, selon cette étude, principalement due aux coûts élevés qu'il supporte en termes de prestations préalables et de main d'œuvre.

Le Conseil d'État relève que la très grande majorité des États membres de l'Union européenne applique un taux réduit pour les prestations du secteur de l'hébergement. En Suisse, le secteur génère une valeur ajoutée de 4,1 milliards de francs et occupe près de 35'000 employés.

Depuis l'introduction de la TVA voici 20 ans, l'hébergement a bénéficié d'un taux spécial. Or, ce taux n'était jusqu'ici garanti que pour des périodes de 5 ans ; il a dès lors été prolongé à plusieurs reprises. Une telle situation n'offre aucune sécurité en matière de planification hôtelière, dans la mesure où les charges fiscales supportées par le secteur ne peuvent être évaluées que pour de courtes périodes de 5 ans.

Le Conseil d'État estime que le maintien du taux spécial est indispensable au vu des difficultés profondes vécues par le secteur de l'hébergement, notamment la diminution marquée des nuitées d'hôtes étrangers en lien avec le franc fort. Il estime, comme la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CER-N), que le temps est désormais venu d'offrir au secteur une réelle sécurité en matière de

planification fiscale et d'inscrire pour une durée indéterminée le taux spécial dans la loi. La branche aura ainsi la garantie qu'elle ne devra pas, en plus de ses autres difficultés, s'adapter à une augmentation du taux.

En conclusion, le Conseil d'État neuchâtelois approuve la fixation pour une durée indéterminée du taux spécial applicable à l'hébergement à l'article 25, alinéa 4 de la loi sur la TVA.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 20 février 2017

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
J.N. KARAKASH

La chancelière,
S. DESPLAND



REPUBLIQUE
ET CANTON
DE GENEVE

PROJET DE LETTRE

Projet présenté par le DSE

Contact suivi du dossier : Jacques Folly

Tél. 022 3883164

Contact secrétariat : Laure Bahon

Tél. 022 3883158

Version : 1 - plce cer-n_tvahébergement_v2.docx

Diffusion :

PRE	DSE	1 ex.	DEAS
DF	DALE		
DIP	DETA		CHA
Autres			1 ex.

Députés GC	OUI / NON	Presse	OUI / NON	Députés Ch. féd.	OUI / NON
------------	-----------	--------	-----------	------------------	-----------

visa du Conseil d'Etat

Conseil national
Commission de l'économie
et des redevances (CER-N)
Madame Susanne Leutenegger Oberholzer
Présidente
3003 Berne

Concerne : 15.410 lv.pa. de Buman. Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement - procédure de consultation du 7 novembre 2016 relative à un avant-projet

Madame la Présidente,

Nous vous remercions de nous consulter sur l'avant-projet visant à inscrire dans la loi sur la TVA (LTVA), dès le 1^{er} janvier 2018 pour une durée illimitée, un taux spécial de TVA de 3,7% applicable au secteur de l'hébergement.

Sensible aux arguments avancés en raison du contexte économique particulièrement difficile auquel le secteur de l'hébergement est confronté, notre Conseil approuve la proposition de l'avant-projet d'ancrer durablement le taux spécial de TVA susmentionné.

Il s'agit en effet de veiller à conserver une certaine compétitivité de cette branche d'activité dans un environnement international extrêmement concurrentiel et de lui permettre d'investir en vue d'un développement innovant et de qualité.

En complément de ce qui précède, vous trouverez ci-joint les réponses circonstanciées au questionnaire que vous avez soumis.

En vous remerciant de votre attention, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Le président :

Anja Wyden Guelpa

François Longchamp

Annexe mentionnée

Copie à : Administration fiscale des contributions (AFC)
Division principale Politique fiscale (STP)
Monsieur Beat Spicher
Schwartztorstrasse 50
3003 Berne

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

**Procédure de consultation relative à l'avant-projet
Questionnaire**

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être inscrit durablement dans la LTVA.

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale STP
M. Beat Spicher
Schwartztorstrasse 50
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 24 janvier 2017

Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement » : procédure de consultation relative à l'avant-projet

Monsieur,

En réponse à votre courrier du 7 novembre 2016, le Gouvernement de la République et Canton du Jura a l'avantage de vous faire parvenir sa prise de position dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge.

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura reconnaît les difficultés du secteur de l'hébergement, qui découlent d'un changement structurel rapide et de la fluctuation des taux de change. Il souhaite que le taux spécial, qui a été prolongé à cinq reprises, soit désormais inscrit dans la loi pour une durée illimitée. L'objectif de cette démarche est de donner au secteur de l'hébergement la garantie que le taux spécial ne sera pas supprimé dans un futur proche.

En annexe, nous vous transmettons les réponses du Gouvernement de la République et Canton du Jura au questionnaire quant à l'ancrage durable du taux spécial dans la loi.

En vous réitérant nos remerciements pour nous avoir associés à la procédure, nous vous présentons, Monsieur, nos salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Nathalie Barthoulot
Présidente

Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État

Annexe : ment.

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement doit être maintenu. Le tourisme en général et l'hébergement en particulier contribuent de manière significative à l'économie régionale. Depuis des années, le secteur de l'hébergement se trouve confronté à une situation difficile, liée notamment aux adaptations structurelles rapides et à la force du franc suisse. La suppression du taux spécial représenterait une pression supplémentaire sur ce secteur. Le taux spécial appliqué en Suisse représente un moyen efficace de soutenir la compétitivité du secteur de l'hébergement. Il permet en outre de compenser en partie le niveau élevé des coûts en Suisse, notamment la rémunération du travail. En comparaison internationale, 25 des 28 Etats membres de l'Union européenne appliquent également un taux spécial pour ce secteur. Etant donné que les industries exportatrices ont été exonérées de la TVA, il est justifié que, par analogie, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux de TVA inférieur au taux normal. Le taux spécial a été reconduit cinq fois et est appliqué depuis vingt ans. Le fait qu'il soit appliqué n'entrave pas l'innovation ni les adaptations structurelles. Même avec un taux spécial, les établissements pas ou peu adaptés aux impératifs du marché sont appelés à disparaître à terme.
2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial doit être inscrit durablement dans la loi sur la TVA. Un ancrage du taux spécial dans la loi revient à maintenir la situation qui prévaut depuis vingt ans. Après cinq prolongations, l'inscription du taux spécial pour une durée indéterminée dans la loi donne la garantie que la branche n'aura pas à être confrontée à une pression supplémentaire. En effet, depuis de nombreuses années, le nombre d'exploitations actives dans l'hébergement ainsi que le nombre de postes de travail sont en baisse constante. Si la situation venait encore à se dégrader, il est fort probable que cela conduirait à une perte d'emplois et à une baisse des recettes fiscales encore plus importantes. Il est nécessaire de contrecarrer le cercle non vertueux auquel nombre d'établissements d'hébergement sont confrontés. Avec des coûts de production et

	des coûts de marketing élevés, des taux d'occupation et des degrés de rentabilité parfois insuffisamment élevés, l'investissement peut être problématique, ce qui conduit à un vieillissement du parc hôtelier. Il s'agit dès lors de ne pas mettre encore plus de pression sur le secteur de l'hébergement en lui permettant de mieux planifier et réaliser les investissements nécessaires.
--	--

Geht per Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

15.2.2017

Vernehmlassung: 15.410 Pa.IV. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Mit der vorliegenden Parlamentarischen Initiative soll der Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen definitiv im Gesetz verankert werden. **Die BDP unterstützt dieses Anliegen, um die dringend nötige Planungssicherheit für Beherbergungsbetriebe zu gewährleisten.** Eine weitere Befristung würde hingegen zusätzliche Unsicherheit erzeugen, die das Investitionsklima in der Beherbergungs- und Gastgewerbebranche zusätzlich verschlechtern würde. Sollte der Mehrwertsteuer-Einheitssatz oder ein Einheitssatz für das Gastgewerbe zukünftig mehrheitsfähig werden, kann der Sondersatz für Beherbergungsleistungen immer noch ersetzt werden. Die BDP steht nach wie vor hinter einer Vereinfachung im Mehrwertsteuerbereich, wie sie dies mit den parlamentarischen Vorstössen [15.3225](#) und [15.3227](#) fordert. Zurzeit sprechen die politischen Realitäten jedoch nicht für eine rasche Verwirklichung dieser Ziele, weshalb wir als Alternativmassnahme die vorliegende Verankerung des Sondersatzes unterstützen.

Besonderheiten der Beherbergungsbranche Rechnung tragen

Die Tourismusbranche ist einem rapidem Strukturwandel und starker internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Aufgrund der anhaltenden Frankenstärke und der Aufhebung des Euro-Mindestkurses ist die Nachfrage nach Beherbergungsleistungen aus den Euroländern gesunken. Neben den rückläufigen Logiernächten stellt der Kostendruck die Beherbergungsbetriebe vor grosse Herausforderungen. Durch die Standortgebundenheit der Tourismusbranche kann sie ihre Produktion nicht ins Ausland verlagern, wie es unzählige Unternehmen in anderen Branchen schon getan haben. Gleichzeitig ist sie eine Exportbranche und ein wichtiger Pfeiler der Schweizerischen Volkswirtschaft - insbesondere in den Randregionen trägt die Tourismuswirtschaft massgeblich zur Wertschöpfung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Infolge der Preissensibilität der Konsumenten sowie gesunkener Reise- und Transportkosten spielen die Preise der Beherbergungsbetriebe eine stets wichtigere Rolle bei der Entscheidung über das Reiseziel. Eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für

Beherbergungsleistungen würde diesen Besonderheiten der Beherbergungsbranche Rechnung tragen.

Wettbewerbsfähigkeit durch Schaffung ähnlicher Rahmenbedingungen sicherstellen

Schliesslich schafft ein unbefristeter Sondersatz ähnliche Rahmenbedingungen für Schweizer Beherbergungsbetriebe im Vergleich zu Konkurrenzbetrieben im benachbarten Ausland: Mit Ausnahme von drei EU-Mitgliedstaaten wenden alle einen reduzierten Steuersatz an, darunter auch die direkten Nachbarländer. Der Sondersatz entspricht demnach dem Normalfall und stellt die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche sicher.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern
Per Email: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 17. März 2017

Vernehmlassung: 15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur oben genannten parlamentarischen Initiative Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP befürwortet die dauerhafte Verankerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen. Nachdem der Sondersatz seit zwanzig Jahren immer wieder verlängert wurde muss der Tourismusbranche endlich die nötige Rechtssicherheit gegeben werden.

Fragebogen

1.	<i>Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?</i>
Antwort	Die CVP unterstützt die Verlängerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus. Die Tourismusbranche und speziell die Hotellerie ist für die Schweiz ein wichtiger wirtschaftlicher Motor. Vor allem die regionale Wirtschaft ist auf eine stabile Entwicklung in dieser Branche angewiesen. Diese steht allerdings seit Jahren unter grossem internationalen Druck. Die Frankenstärke hat die Lage noch weiter verschärft. Eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum jetzigen Zeitpunkt hätte gravierende Folgen, vor allem für die Rand- und Bergregionen.

2.	<i>Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?</i>
Antwort	Die CVP unterstützt die dauerhafte Verankerung des Steuersatzes für Beherbergungsleistungen im Mehrwertsteuergesetz. Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen hat den Charakter einer Exportförderung, da ein Grossteil der Übernachtungen von Ausländern gebucht wird, welche international anerkannt ist. In der Europäischen Union (EU) kennen 25 von 28 Ländern einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen. Dieses System muss in der Schweiz auf sichere Beine gestellt werden. Die Hotellerie ist auf Innovation und Investitionen angewiesen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Planungssicherheit gegeben ist und die Politik die nötigen Rahmenbedingungen stellt. Mit der unbefristeten Verankerung des MWST-Sondersatzes würde man dem Tourismus diese Rechtssicherheit geben und damit den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken und Arbeitsplätze sichern. Die dauerhafte Verankerung führt zu keinen Steuerausfällen, sondern erhält den Status Quo. Dieser wurde vom Volk und der Politik mehrfach bestätigt. Eine Sicherung im Dauerrecht gewährleistet der Tourismusbranche damit die Kontinuität, welche sie so dringend braucht.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale STP
M. Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Berne, le 13 février 2017/js
VL_ancrer_taux_sécial_TVA

15.410 Iv.pa. de Buman. Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement
Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Monsieur Spicher,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet susmentionné. Vous trouverez ci-dessous notre position.

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux rejette l'avant-projet relatif à l'initiative parlementaire 15.410 "Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement". Elle prévoit d'inscrire dans la loi pour une durée indéterminée le taux spécial de TVA de 3.8% appliqué aux prestations du secteur de l'hébergement.

Le taux spécial a été introduit en tant que mesure temporaire pour aider l'hôtellerie dans une période difficile au milieu des années 90. Bien que cela ait soulagé les difficultés de la branche sur le court terme, le taux spécial n'est pas une solution appropriée aux problèmes sur le long terme. En outre, les difficultés que le tourisme a rencontré au moment où ce taux spécial a été introduit ne sont plus d'actualité. En 2008, le nombre de nuitées a atteint son record, et aujourd'hui, il est à peine sous ce niveau. L'affirmation selon laquelle le tourisme souffre beaucoup des conditions économiques est donc erronée.

D'autres branches subissent des difficultés bien plus marquées, mais n'ont pas droit à un traitement de faveur. Il est difficile de justifier le taux spécial pour l'hôtellerie alors que beaucoup d'entreprises doivent se battre pour faire face au franc fort. De plus, le taux unique suisse de 8% est même en dessous des taux spéciaux de nos voisins et des pays concurrents en matière de tourisme. Le PLR se bat pour un taux unique, afin de réduire la bureaucratie et que toutes les entreprises soient traitées de manière équitable. Cette initiative parlementaire est contraire à ce but.

En principe, le PLR rejette de prolonger le taux spécial de TVA pour l'hébergement ainsi que d'ancrer le taux spécial de TVA pour l'hébergement de manière définitive. Cependant, dans le cas où le projet serait tout de même poursuivi, le PLR soutient la proposition de la minorité, qui prolongerait le taux spécial de 3 ans. Le PLR demande qu'une étude liée à ce projet soit effectuée, afin de déterminer l'impact réel de cette mesure.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Monsieur Spicher, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général

Petra Gössi
Conseillère nationale

Samuel Lanz

Annexe

- Questionnaire

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Non, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement ne doit pas être maintenu au-delà de l'année 2017. Le PLR. Les Libéraux-Radicaux se bat pour un taux unique pour toutes les branches.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial ne doit pas être ancré définitivement dans la LTVA. Dans le cas où la mise en œuvre est poursuivie, le PLR soutiendra la proposition de la minorité de limiter l'inscription du taux spécial dans la LTVA à fin 2020.



Grünliberale Partei Schweiz
Laupenstrasse 2, 3008 Bern

Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates
3003 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

17. Februar 2017

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zu 15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsdienstleistungen

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zu 15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsdienstleistungen.

Unsere Stellungnahme können Sie dem ausgefüllten Fragebogen auf der folgenden Seite entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrätin Kathrin Bertschy, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Martin Bäumle
Parteipräsident

Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Nein, es handelt sich um strukturpolitische Massnahme, die die Probleme der Beherbergungsbranche nicht nachhaltig zu lösen vermag.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Nein, die Grünliberalen lehnen eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes im Mehrwertsteuergesetz klar ab. Wenn, dann nur befristet bis zum 31. Dezember 2020, wie von der Minderheit der WAK-N vorgeschlagen. Es handelt sich um eine strukturpolitische Massnahme, die die Probleme der Beherbergungsbranche nicht nachhaltig zu lösen vermag. Auch ist unklar, wie die Mehreinnahmen, die im Finanzplan 2018-2020 des Bundesrates infolge der Aufhebung des Sondersatzes eingeplant sind, bei einer (befristeten oder unbefristeten) Verlängerung des Sondersatzes gegenfinanziert werden sollen. Der Sondersatz ist daher höchstens befristet weiterzuführen, so wie von der Minderheit der WAK-N vorgeschlagen. Wichtiger ist es aber, einen erneuten Anlauf für eine grundlegende Vereinfachung der Mehrwertsteuer an die Hand zu nehmen (Einheitssatz oder allenfalls als Zwei-Satz-Modell), zumindest solange eine ökologische Steuerreform nicht mehrheitsfähig ist.

**Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern**

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 20. Februar 2017

15.410 Pa.Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen wurde am 1. Januar 2001 eingeführt und seit diesem Zeitpunkt – aufgrund seiner gesetzlichen Befristung – bis heute insgesamt fünf Mal verlängert. Aktuell beträgt er 3,8 Prozent (der Normal-satz beträgt 8 Prozent und der reduzierte Satz 2,5 Prozent) und ist auf den 31. Dezember 2017 befristet. Die SVP ist der Ansicht, dass nach 20 Jahren mit einem provisorischen Sondersatz dieser unbefristet im Gesetz verankert werden sollte. Im heute schwierigen wirtschaftlichen Umfeld ist die Branche auf gute Rahmenbedingungen und Planungssicherheit angewiesen. Die SVP unterstützt daher die unbefristete Erhebung des Sondersatzes.

Die SVP teilt die Auffassung der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrats, die den Sondersatz als Unterstützung für einen Sektor sieht, der einem rapiden Strukturwandel unterliegt und dauerhaft unter starker Konkurrenz leidet. Beim Sondersatz handelt es sich nicht um eine Schweizer Sonderlösung. Von den 28 EU-Mitgliedstaaten kennen nur Dänemark, die Slowakei sowie das Vereinigte Königreich keine separate Besteuerung für Beherbergungsleistungen.

Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel und gerade bei der Hotellerie sind die Beschaffungspreise generell höher als in vergleichbaren Konkurrenzländern. Die der Euro-Schwäche geschuldete Frankenaufwertung hat die wirtschaftliche Situation im Tourismussektor zusätzlich verschärft. Darauf kann die Branche naturgemäss nicht mit Verlagerungen ins Ausland reagieren. Eine kurzfristige Kompensation durch grössere Effizienzgewinne ist aus strukturellen Gründen ebenfalls nicht möglich. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage in Europa kann zudem nicht davon ausgegangen werden, dass der Euro gegenüber dem Franken demnächst wieder an Wert gewinnt.

Die Tourismusbranche ist eine Exportbranche: 60 Prozent der Übernachtungen gehen auf das Konto ausländischer Gäste. Umso mehr ist die Branche auf wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und Planungssicherheit angewiesen. Durch eine unbefristete Erhebung des reduzierten Sondersatzes wird das heutige Niveau aufrechterhalten und die Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen klar erhöht. Eine Besteuerung für Beherbergungsleistungen zum Normalsatz von 8 Prozent anstelle des Sondersatzes (3,8 Prozent), würde im Tourismussektor zu Mehrbelastungen von rund 200 Millionen Franken jährlich führen. Diese sind in Kumulation mit den weiteren erschwerenden Umständen für die Branche nicht tragbar. Die SVP spricht sich deshalb klar für eine permanente Beibehaltung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen aus.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Albert Rösti

Gabriel Lüchinger

Nationalrat



Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 20. Februar 2017

**15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung
des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen
zum Erlassentwurf für eine unbefristete Weiterführung des MWST-
Sondersatzes für Beherbergungsdienstleistungen.

Die SP Schweiz hat den Sondersatz für die Hotellerie stets kritisch
beurteilt, da es sich um eine Privilegierung einer einzelnen Branche und
um eine ineffiziente Lösung handelt. Die SP Schweiz will jedoch in der
heutigen Situation der Tourismusbranche keine Satzerhöhung zumuten.
Dennoch muss festgehalten werden, dass die Tourismusbranche seit
vielen Jahren von einem Sondersatz profitiert, die Probleme dadurch
aber nicht gemildert oder gar behoben werden konnten. Dies zeigt, dass
der Mehrwertsteuersatz nicht ausschlaggebend ist. Innerhalb der Tou-
rismusbranche gibt es zudem sehr grosse regionale Unterschiede. In
den Städten ist ein Wachstum zu verzeichnen. Hier wurden neue Tou-
rismuskonzepte entwickelt. Zudem profitierte man von Veränderungen
im Konsumentenverhalten. Auch die anderen Regionen, die heute Prob-
leme haben, werden neue Konzepte entwickeln müssen. Wir haben
Fördermassnahmen im Tourismusbereich sowie Verbesserungen der
Rahmenbedingungen immer unterstützt. Die Probleme der Tourismus-
branche sind in erster Linie durch die Frankenstärke verursacht. Diese
betrifft jedoch auch andere Branchen. Auch dazu hat die SP Schweiz
geeignete Abhilfemassnahmen vorgeschlagen. Die SP Schweiz bezwei-
felt darüber hinaus auch, dass eine Verankerung und Perpetuierung des
MWST-Sondersatzes die Investitionstätigkeit in der Branche fördern
könnte, weil mehr Planungssicherheit herrschen würde, wie immer
wieder vorgebracht wird.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Wir unterstützen unter diesen Umständen nur eine befristete Verlängerung. Der Sondersatz sollte als strukturpolitische Massnahme regelmässig überprüft und unter politischer Beobachtung bleiben. Im Rahmen der neuen Finanzordnung wird man eine Gesamtbetrachtung vornehmen müssen. Gerade vor dem Hintergrund, dass eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien nicht bereit war, dem Bundesrat und einer Mehrheit fast aller Kantone zu folgen und eine dauerhafte und unbefristete Erhebung der DBST und der MWST zuzulassen, sondern nur eine befristete bis Ende 2035, drängt sich auch eine Befristung des Sondersatzes auf.

Schliesslich wird auch immer wieder behauptet, der Sondersatz führe zu keinen Steuerausfällen, da es ja nur um eine Weiterführung der bestehenden Praxis gehe. Im Finanzplan 2018-2020 sowie im Stabilisierungsprogramm 2017-2019 wurde jedoch bereits mit den Mehreinnahmen aus der Aufhebung des Sondersatzes gerechnet, weshalb auch die befristete Weiterführung eine Verschlechterung der Finanzen des Bundes im Jahr 2018 im Umfang von 146 Mio. (73% des Gesamtbetrags) und ab 2019 jährlich wiederkehrend von 200 Mio. Franken bewirken wird. Diese Ausfälle müssen wegen der Schuldenbremse durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle kompensiert bzw. eingespart werden. Auch dies macht eine Befristung nötig, damit zu gegebenem Zeitpunkt die Effektivität der Massnahme im Vergleich zu anderen staatlichen Interventionen überprüft werden kann.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	JA

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz soll <u>nur befristet bis Ende 2020</u> verlängert werden.



Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 20. Februar 2017

**Stellungnahme des SGV zum Vernehmlassungsverfahren über die parlamentarische Initiative
Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 07. November 2016 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit uns aus Sicht der 1'628 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Die Tourismusbranche leidet seit Jahren unter einem grossen Nachfragerückgang. Die Logiernächte gingen insbesondere in den alpinen Tourismusregionen stark zurück. Besonders betroffen von dieser Krise sind die Beherbergungsunternehmen. Der Druck auf die Preise ist durch den starken Franken und das hohe inländische Preisniveau massiv gestiegen. Um im intensiven internationalen Tourismuswettbewerb mithalten zu können ist die Beherbergungsindustrie auf wirtschaftlich gute und faire Rahmenbedingungen angewiesen.

Seit 1996 besteht ein Sondersatz der Mehrwertsteuer für die Beherbergungsindustrie. Dieser wurde jeweils für mehrere Jahre befristet im Gesetz festgelegt. Der aktuelle Sondersatz beträgt 3,8 Prozent und läuft Ende 2017 aus. Die parlamentarische Initiative De Buman verlangt die dauerhafte Verankerung eines Sondersteuersatzes für die Beherbergungsbranche. Mit diesem Wechsel vom befristeten zum unbefristeten System kann verhindert werden, dass sich das Parlament immer wieder mit derselben

Frage auseinanderzusetzen muss. Stattdessen kann der seit 20 Jahren geltende Sondersatz fest im Gesetz verankert werden und die Beherbergungsbranche erhält damit Planungssicherheit.

Der SGV beantwortet deshalb die beiden im Fragebogen gestellten Fragen wie folgt:

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz soll wie von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagen dauerhaft gelten, da sich eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen Situation im Tourismusbereich derzeit nicht abzeichnet. Dies führt zu mehr Planungssicherheit und stärkt gerade auch jene Gemeinden, die in hohem Masse von den Einkünften aus dem Tourismus abhängig sind.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktor

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Germann'.

Hannes Germann
Ständerat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R. Lindegger'.

Reto Lindegger



Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 13. Februar 2017

**15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für
Beherbergungsleistungen
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Leutenegger Oberholzer,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur eingangs erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Der Städteverband anerkennt die schwierige Situation, in der sich der Beherbergungssektor aufgrund struktureller Veränderungen und wirtschaftlicher Herausforderungen – insbesondere nach Aufhebung des Euro-Mindestkurses – befindet. Er ist sich weiter bewusst, dass die Branche für den Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung ist – auch für die Städte. Daher befürwortet er eine Verlängerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes über 2017 hinaus. Hingegen lehnt er eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes im Mehrwertsteuergesetz ab. Dies einerseits, weil er darin eine nicht gerechtfertigte Besserstellung einer einzelnen Branche sieht, und andererseits, weil er die Ansicht vertritt, dass der Sondersatz als strukturpolitisches Mittel regelmässig überprüft werden und unter politischer Beobachtung bleiben sollte.

Der Städteverband beantwortet daher die beiden Vernehmlassungsfragen wie folgt:

- 1. Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?**
 - Ja, der Sondersatz sollte beibehalten werden.
- 2. Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?**
 - Der Sondersatz sollte weiterhin nur befristet gewährt und regelmässig überprüft werden.



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Direktorin

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupeement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

CH-3001 Bern · Seilerstrasse 4 · Postfach 7836 · Tel. 031 382 10 10 · Fax 031 382 10 16
Internet: <http://www.sab.ch> E-mail: info@sab.ch Postkonto: 50 - 6480-3



Bern, 16. Dezember 2016
TE / CA / E152 / I27

Eidgenössische Steuerverwaltung
ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50

3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

(Avec un résumé en français à la fin du document)

Stellungnahme der SAB zum Vernehmlassungsverfahren über die parlamentarische Initiative Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung über randvermerktetes Geschäft. Die SAB vertritt die Interessen der Berggebiete in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 600 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Die Tourismusbranche leidet seit Jahren unter einem grossen Nachfragerückgang. Die Logiernächte gingen insbesondere in den alpinen Tourismusregionen stark zurück. Besonders betroffen von dieser Krise sind die Beherbergungsunternehmen. Der Druck auf die Preise ist durch den starken Franken und das hohe inländische Preisniveau massiv gestiegen. **Um im intensiven internationalen Tourismuswettbewerb mithalten zu können ist die Beherbergungsindustrie auf wirtschaftlich gute und faire Rahmenbedingungen angewiesen.**

Seit 1996 besteht ein Sondersatz der Mehrwertsteuer für die Beherbergungsindustrie. Dieser wurde jeweils für mehrere Jahre befristet im Gesetz festgelegt. Der aktuelle Sondersatz beträgt 3,8 Prozent und läuft Ende 2017 aus. Die parlamentarische Initiative De Buman verlangt die dauerhafte Verankerung eines Sondersteuersatzes für die Beherbergungsbranche. Mit diesem Wechsel vom befristeten zum unbefristeten System kann verhindert werden, dass sich das Parlament immer wieder mit derselben Frage auseinandersetzen muss. Stattdessen kann der seit 20 Jahren geltende Sondersatz fest im Gesetz verankert werden und die Beherbergungsbranche erhält damit Planungssicherheit.

Für die SAB ist es wichtig, dass für die Beherbergungsindustrie weiterhin ein tieferer Mehrwertsteuersatz gilt. Der Sondersatz wurde eingeführt, um dem **hohen Exportanteil der Tourismusbranche** Rechnung zu tragen. Dieser Befund gilt weiterhin. Die sinkenden Übernachtungszahlen, der massive Preiswettbewerb mit dem Ausland, der starke Franken und die internationalen Konflikte erschweren es aber zunehmend, die Nachfrage aus dem Ausland mindestens konstant zu halten. Im Weiteren machen ausländische Touristen über die Hälfte der Nachfrage bei den Logiernächten aus. Der Tourismussektor weist zudem eine hohe Preiselastizität der Nachfrage auf. Kleine Veränderungen des Preises können schon grosse Auswirkungen auf die Nachfrage haben. Dies erschwert die Situation zusätzlich. **Würde jetzt der Mehrwertsteuersatz erhöht, hätte dies gravierende Konsequenzen für den Tourismus.**

Zudem beschäftigt der Tourismus im Vergleich zu anderen Industrien überdurchschnittlich viele Arbeitnehmer. Ein weiterer Nachfrageschock hätte somit grosse negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in vielen alpinen Tourismusregionen. Darunter leiden würden zunehmend auch die Gemeinden, welche auf die Steuereinnahmen angewiesen sind. **Die SAB spricht sich deshalb für die Beibehaltung des Sondersatzes aus.** Zu Bemerken ist auch, dass nicht nur in der Schweiz auf einen Sondersatz für die Beherbergungsindustrie zurückgegriffen wird. In 25 der 28 EU-Staaten gilt ein solcher Sondersatz. In 21 davon liegt der reduzierte Satz sogar unter oder bei der Hälfte des normalen Mehrwertsteuersatzes. Die Beibehaltung des Mehrwertsteuersondersatzes würde keine zusätzlichen Kosten mit sich bringen. Es würde lediglich der Status Quo weitergeführt.

Die SAB befürwortet auch die unbefristete Verankerung des Sondersatzes im Mehrwertsteuergesetz. Für die touristischen Leistungsträger ist es eine schwierige Situation, wenn alle paar Jahre eine Debatte geführt werden muss, ob der Sondersatz beibehalten werden soll. Die langfristige Planungssicherheit ist damit nicht gegeben und stellt die Unternehmen vor grosse Herausforderungen. Gerade in den alpinen Regionen gibt es zahlreiche Gemeinden, welche zu fast 100 Prozent vom Tourismus abhängen. Die Rechtsunsicherheit macht sich vor allem in diesen Regionen bemerkbar. Mit der dauerhaften Verankerung des Sondersatzes werden diese Probleme aus dem Weg geräumt und die Rechts- und Planungssicherheit erhöht.

Dies hat auch unmittelbare Konsequenzen auf die Investitionstätigkeit in der Beherbergungsbranche. **Denn mehr Sicherheit in der Zukunft, bedeutet mehr Investitionen für die Zukunft.** Davon profitieren nicht nur der Tourismus, sondern auch die indirekt vom Tourismus anhängigen Unternehmen. Da der reduzierte Mehrwertsteuersatz nicht nur in der Schweiz, sondern auch international Praxis ist, wäre die dauerhafte Verankerung auch international akzeptiert. Der Tourismus ist

einer der wichtigsten Exportbranchen mit einem hohen Wettbewerbsdruck und sollte auch so behandelt werden. Damit werden letztlich der Tourismus und der Wirtschaftsstandort als Ganzes gestärkt.

Zusammenfassung: Die SAB fordert die unbefristete Weiterführung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen. Für die Tourismuswirtschaft ist der Sondersatz enorm wichtig und stabile rechtliche Rahmenbedingungen sind für die Tourismuswirtschaft zentral.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Die Präsidentin

Der Direktor:

Nationalrätin

Christine Bulliard-Marbach

Thomas Egger

Résumé

Le Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) est satisfait par l'idée d'ancrer de manière permanente le taux de TVA spécial pour les prestations d'hébergement. Il est logique de procéder à cette adaptation, étant donné que ce secteur fait partie des branches d'exportation. Dans le contexte de la concurrence internationale, cette mesure est très importante pour le secteur touristique. Elle permet notamment de créer une situation juridique stable, en faveur des acteurs concernés.

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 14. Februar 2017 sgv-Ho/nf

Vernehmlassungsantwort

15.410 Pa.lv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 hat uns die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates eingeladen, zum Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des MWST-Sondersatzes von 3,8 Prozent Stellung zu beziehen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens. Eine Minderheit der Kommission möchte den Sondersatz befristet weiterführen, und zwar bis Ende 2020.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Verschiedene unserer Mitglieder haben direkt Stellung bezogen. Die Meinungsäusserungen sind unterschiedlich: Die Beherbergungsbranche setzt sich mit Vehemenz für eine unbefristete Verlängerung ein, andere Mitglieder befürworten eine Befristung. In der **Beilage** erhalten Sie die Vernehmlassungsantwort unseres Mitglieds, der Chambre vaudoise des arts et métiers, die sich für eine zehnjährige Verlängerung des Sondersatzes ausspricht.

I. Antrag

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt weder den Mehrheits- noch den Minderheitsantrag, sondern befürwortet den Kompromissvorschlag der Chambre vaudoise des arts et métiers: Verlängerung des Sondersatzes um 10 Jahre.

Frage 1: Ja zum Sondersatz über das Jahr 2017 hinaus.

Frage 2: Nein zur definitiven Verankerung, Verlängerung nicht um drei, sondern um 10 Jahre.

II. Begründung

Der sgv anerkennt die Schwierigkeiten der Beherbergungsbranche. Besonders genannt seien das teure Kostenumfeld, der starke Schweizerfranken und die starke Konkurrenz ausländischer Ferienanbieter, die zum Teil staatlich unterstützt und gefördert werden sowie die schwierige und unsichere politische Grosswetterlage (EU-Krise, Terrorismus etc.). In den ländlichen Regionen und im Berggebiet treten diese Problem besonders akut zu Tage, so dass sich dort die Beherbergungsbranche in einer speziell schwierigen Situation befindet. Aus diesen Gründen wäre der aktuelle Zeitpunkt sicher denkbar ungünstig, auf eine Weiterführung des Sondersatzes für die Hotellerie zu verzichten.

Zwei Gründe sprechen allerdings gegen eine dauerhafte Verankerung des MWST-Sondersatzes in der Bundesverfassung.

- Erstens setzt sich der sgv nach wie vor mit Nachdruck für die Einführung des MWST-Einheitssatzes ein. Dies wäre eine der wirkungsvollsten Massnahmen zur notwendigen Deregulierung und würde die ganze Wirtschaft mit hunderten von Millionen Franken jährlich entlasten. Die dauerhafte Verankerung des MWST-Sondersatzes wäre ein Schritt in die falsche Richtung, sozusagen weg vom Einheitssatz, die Voraussetzungen für eine Vereinfachung der MWST würden verschlechtert.
- Zweitens gibt es auch andere Branchen in der Schweiz, die ebenfalls in einer schwierigen Situation sind und von keinen vergleichbaren Sonderbegünstigungen profitieren. Als Beispiele seien die Textilbranche oder die Papierindustrie genannt, die auch einem raschen Strukturwandel unterworfen sind. Es widerspricht der sgv-Strategie, Strukturen mit staatlichen Massnahmen zu zementieren.

In Analogie zur Neuen Finanzordnung 2021 erscheint es uns sinnvoll, den Sondersatz für die Beherbergungsbranche periodisch einer Prüfung zu unterziehen und kritisch zu hinterfragen, ob sich die Massnahmen noch rechtfertigen. Der von der Minderheit vorgeschlagene Zeitrahmen von drei Jahren erscheint uns allerdings zu kurz. Um für die betroffene Branche mehr Rechtssicherheit zu schaffen und auch die Verwaltung und die Politik vor zu häufigen Überprüfungen zu verschonen, unterstützen wir den beiliegenden Antrag der Chambre vaudoise des arts et métiers, den Sondersatz nicht um drei, sondern um zehn Jahre zu verlängern.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sg

Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat

Henrique Schneider
Stellvertretender Direktor

Beilage

- Erwähnt

Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Brugg, 17. Februar 2017

Zuständig: Martin Würsch
Sekretariat: Barbara Saxer
Dokument: 170217_Brief ESTV zu Sondersatz.docx

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Spicher
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. November 2016 wurden wir zur Vernehmlassung über den Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsdienstleistungen eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit und nehmen diese gerne wahr.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) begrüsst den Grundsatzentscheid, dass der MwSt-Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen weiterhin gelten soll. Der SBV anerkennt die Schwierigkeiten der Branche aufgrund des sich schnell wandelnden Markts sowie der Wechselkursschwankungen, indem er eine unbefristete Verankerung des Sondersatzes unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband

Markus Ritter
Präsident

Jacques Bourgeois
Direktor

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

Stellungnahme des Schweizer Bauernverbands

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der Sondersatz soll über das Jahr 2017 hinaus bestehen bleiben. Viele andere europäische Länder kennen ebenfalls einen reduzierten Steuersatz für Beherbergungsleistungen, wenn auch auf höherem Niveau. Der Sondersatz dient, wie von der Kommissionmehrheit richtig erkannt, als Unterstützung für einen Sektor, der in rapidem Strukturwandel steckt und dauerhaft unter starker internationaler Konkurrenz leidet.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz soll dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Nach 20 Jahren mit einem provisorischen Sondersatz und der bevorstehenden Weiterführung kann dieser auch dauerhaft im Gesetz verankert werden. Es ist wichtig, Branchen, die sich im Strukturwandel befinden, zumindest in steuerlicher Hinsicht, Planungssicherheit geben zu können.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 7. Februar 2017

**Vernehmlassungsantwort zur parlamentarischen Initiative „Mehrwertsteuer.
Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur unbefristeten Weiterführung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen Stellung nehmen zu können.

Im Rahmen der parlamentarischen Initiative „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“, eingereicht vom Nationalrat de Buman, hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates einen Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des MWST-Sondersatzes ausgearbeitet. Der befristete Sondersatz für Beherbergungsleistungen von 3.8 Prozent wurde vor 20 Jahren aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage in der Tourismusbranche eingeführt und seither fünfmal verlängert. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ist mit der von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen dauerhaften Verankerung des Sondersatzes im MWST-Gesetz nicht einverstanden. Es ist grundsätzlich nicht sinnvoll, eine einzelne Branche zu bevorzugen, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen, die ebenfalls unter dem starken Franken leiden. Zudem hat der Sondersatz der Beherbergungsbranche bisher nicht geholfen, ihre Probleme nachhaltig zu lösen. Strukturelle Massnahmen und innovative Lösungen sind langfristig erfolgsversprechender. Ferner entgehen dem Bund durch den Sondersatz jährlich 200 Millionen Franken.

Gleichzeitig ist aber klar, dass eine Neuausrichtung der Beherbergungsbranche eine gewisse Zeit braucht, und angesichts des schwachen Euros jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, den Sondersatz aufzuheben. Daher stimmen wir der von der Kommissionsminderheit beantragten befristeten Verlängerung des Sondersatzes bis Ende 2020 zu unter der Bedingung, dass der Landes-Gesamtarbeitsvertrag strikt eingehalten und mittelfristig weiterentwickelt wird. Denn gute Arbeitsbedingungen und somit motivierte Mitarbeitende sind die Voraussetzung für qualitativ hochstehende Dienstleistungen – ein zentraler Wettbewerbsfaktor des Schweizer Tourismus.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Paul Rechsteiner
Präsident

Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom

Hopfenweg 21
PF/CP 5775
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale STP
M. Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Courriel: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Berne, le 19 décembre 2016

15.410 lv.pa. de Buman. Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement. Consultation relative à un avant-projet

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous donner la possibilité d'exprimer notre avis sur cet avant-projet et c'est volontiers que nous vous le faisons parvenir.

Nous nous opposons à l'ancrage durable du taux spécial de TVA applicable à l'hébergement mais approuvons sa poursuite jusqu'à la fin de l'année 2020 (voir notre réponse au questionnaire). Nous partageons donc l'opinion de la minorité. En effet, nous sommes d'accord que l'hébergement continue à bénéficier d'un taux réduit pendant un laps de temps encore suffisamment long. Il sera toujours possible un peu avant 2020 de faire une analyse de la situation économique générale et de la branche en particulier pour voir si un taux spécial se justifie toujours. Le fait d'avoir prorogé à cinq reprises le taux spécial n'est pas un argument suffisant pour l'ancrer définitivement dans la loi et la Constitution fédérale.

Un ancrage illimité du taux spécial de TVA présente les défauts suivants :

- On privilégie une branche par rapport à d'autres, ce qui n'est pas justifié sur le plan de la concurrence à long terme. Un taux spécial de TVA doit faire l'objet régulier d'un réexamen tenant compte des facteurs structurels et conjoncturels. Il est vrai que l'hébergement a dû subir le choc de la surévaluation du franc à plusieurs reprises. Mais d'un autre côté, il existe aussi des opportunités de croissance comme on le voit dans les villes et avec une nouvelle clientèle de pays émergents pouvant compenser au moins partiellement la chute de la demande d'autres pays, européens en particulier.
- On n'encourage pas l'innovation et les nécessaires adaptations structurelles. Malgré la prorogation à cinq reprises sur une durée de près de vingt ans, la branche demeure confrontée à d'importants problèmes structurels. Les coûts de main-d'œuvre ne suffisent pas à expliquer tous les problèmes. D'autres facteurs jouent un rôle comme la taille réduite de nombreux établissements ou encore une insuffisance de la diversification de l'offre.

- On fait subir des pertes fiscales à la Confédération injustifiées à partir du moment où on ancre un taux réduit illimité dans le temps, indépendamment des variations du taux de change ou d'autres facteurs conjoncturels. La perte de 200 millions de francs que représente le taux réduit par an pour la Confédération prêterite d'autres tâches de la Confédération.

Veillez enfin trouver, en annexe, notre réponse aux deux questions du questionnaire.

En vous remerciant de prendre dûment en compte notre avis, nous vous adressons, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Adrian Wüthrich



Président

Denis Torche



Responsable du dossier
Politique financière

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

**Procédure de consultation relative à l'avant-projet
Questionnaire**

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Limité à la fin de l'année 2020 selon l'avis de la minorité de la commission

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, hotelleriesuisse spricht sich für die Beibehaltung des MWST-Sondersatzes aus. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MWST-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwun-

	genermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, markt-orientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	hotelleriesuisse spricht sich für die definitive Verankerung des Sondersatz für Beherbergungsleistungen im Mehrwertsteuergesetz aus. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuergesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, da es stark vom Wetter abhängt. Zudem kommt die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe hinzu. Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MWST-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

STV FST
Finkenhübelweg 11
Postfach
CH-3001 Bern

T +41 31 307 47 47
F +41 31 307 47 48
info@swisstourfed.ch
www.swisstourfed.ch



Schweizer Tourismus-Verband
Fédération suisse du tourisme
Federazione svizzera del turismo
Federaziun svizra dal turissem

Per E-Mail an:
vernehmlassungen@estv.admin.ch

20. März 2017
Unsere Referenz BG

T +41 (0)31 307 47 47
E barbara.gisi@swisstourfed.ch

STELLUNGNAHME MEHRWERTSTEUER-SONDERSATZ

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizer Tourismus-Verband STV ist die nationale tourismuspolitische Dachorganisation mit rund 550 Mitgliedern, darunter rund 40 schweizerischen Branchen-, und Fachverbänden des Tourismus mit insgesamt rund 30'000 touristischen Leistungserbringern. Als Vertreter eines grossen Exportbereichs der Schweizer Wirtschaft setzen wir uns für bessere politische Rahmenbedingungen für die Schweizer Tourismuswirtschaft ein.

AUSGANGSLAGE

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2016 im Rahmen der parlamentarischen Initiative 15.410 de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“ einen Vorentwurf zur unbefristeten Weiterführung des MWST-Sondersatzes ausgearbeitet und in die Vernehmlassung geschickt.

ALLGEMEINE EINSCHÄTZUNG FÜR DEN TOURISMUS

Der STV befürwortet die Verlängerung und die definitive Verankerung des MWST-Sondersatzes. Nach 20 Jahres Provisorium muss der Beherbergungssatz definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden; dies schafft Planungssicherheit. Der Sondersatz ist keinesfalls ein Privileg, sondern berücksichtigt den Exportcharakter der Branche: Rund 55% der Übernachtungen stammen von ausländischen Gästen. In Europa wenden 25 der 28 EU-Staaten einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergung an.

FRAGEBOGEN

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
----	--

Antwort	Ja, der MWST-Sondersatz sollte beibehalten werden. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind in der Beherbergung überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Die Hotellerie befindet sich seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu tieferen Steuereinnahmen führen. Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit. In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MWST-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten seit Jahren im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche an. Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten. Eine Verankerung des Beherbergungssatzes verursacht keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Dabei muss bedacht werden, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
---------	--

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Der Sondersatz ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit. Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten; eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre statt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen. Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima in der Hotellerie noch weiter verschlechtern. Da die Schweizer Hotellerie nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern

	konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MWST-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.
--	--

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme und wohlwollende Beachtung unserer Stellungnahme. Bei Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizer Tourismus-Verband

Barbara Gisi
Direktorin

PARTNERSCHAFT. POLITIK. QUALITÄT.

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen muss bestehen bleiben <u>und vor allem dauerhaft verankert werden.</u> Der Sondersatz ist unentbehrlich für die Tourismus- und Beherbergungsbranche sowie die Berg- und Randregionen Der Tourismus und die Beherbergungsbranche sind seit Jahren mit rückläufigen Gästezahlen und Logiernächten sowie steigenden Kosten konfrontiert. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz haben der Branche besonders zugesetzt. Der starke Franken hat wesentlich dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren die Zahl der ausländischen Gäste massiv gesunken ist. Dieser Trend wurde durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses noch verschärft. Ausserdem trägt die schlechte Wirtschaftslage in wichtigen Herkunftsländern zur abnehmenden Gästezahl bei. So nahm nur schon im Jahr 2015 die Zahl der europäischen Gäste im Vergleich zum Vorjahr um 9.3% ab. Der Rückgang der deutschen Gäste, welche die wichtigste Gruppe darstellen, betrug sogar 12.3%. Diese Entwicklungen sind direkt auf den starken Franken zurückzuführen. Jedoch kann die Hotellerie nicht auf die ausländischen Gäste verzichten, da eine Mehrheit der Logiernächte auf diese Gruppe entfällt. Neben den rückläufigen Logiernächten stellt der enorme Kostendruck die Beherbergungsbetriebe vor grossen Herausforderungen. Die Lohn- und Beschaffungskosten in den Nachbarländern sind um einiges tiefer als in der Schweiz, was die Wettbewerbsfähigkeit der Branche einschränkt. Eine Aufhebung des Sondersatzes wäre katastrophal für die Beherbergungsbranche. Ein solcher Schritt würde die Kosten explodieren lassen. Denn die Erhöhung der Steuer müsste von den Betrieben getragen werden, da es keinen Spielraum mehr gibt, um die Preise zu erhöhen. Jedoch schreiben, aufgrund des intensiven Wettbewerbs und Kostendrucks, heute schon viele Beherbergungsbetriebe Verluste. Eine Aufhebung würde die schon schlechte wirtschaftliche Situation langfristig verschlimmern, dem Tourismus schaden und zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen. Die Folgen wären nicht nur in der Branche sondern gesamtwirtschaftlich zu spüren, da die Beherbergungsbetriebe einen wichtigen Beitrag zur Gesamtwertschöpfung leisten und einen der wichtigsten Arbeitgeber in den traditionellen Tourismusgebieten darstellen. Deshalb wären besonders die Berg- und Randregionen von einer Aufhebung des Sondersatzes betroffen.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorgeschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorgeschlägt?
Antwort	Der Sondersatz sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. 1. Eine Mehrheit der Logiernächte stellt Exporte dar Eine Mehrheit der Übernachtungen wird von ausländischen Gästen beansprucht. Dadurch stellen diese Leistungen der Hotellerie Exporte dar. Normalerweise sind Exporte von der Mehrwertsteuer befreit. Von dieser Steuerbefreiung können die Beherbergungsbetriebe aber nicht profitieren. Denn die Hotellerie ist standortgebunden und muss gezwungenermassen ihre Leistungen im Inland erbringen, obwohl sie eine der grössten Exportbranchen darstellt. Deshalb würde <u>ein dauerhafter Sondersatz für Beherbergungsleistungen dem Exportcharakter der Hotellerie entsprechen</u>. 2. Die Tourismusbranche ist standortgebunden und preissensibel Eine Minderheit in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats argumentiert, dass der Sondersatz eine unfaire Bevorzugung der Beherbergungsbranche sei und andere Branchen auch vom schwachen Euro tangiert seien. Jedoch ist hier entgegenzuhalten, dass sich die Tourismusbranche durch besondere Merkmale charakterisiert, welche die negativen Auswirkungen der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen verstärken können. Zum einen ist die Tourismusbranche eine Exportbranche, die aber gleichzeitig standortgebunden ist. Sie kann ihre Produktion nicht ins Ausland verlagern, wie es unzählige Unternehmen in anderen Branchen schon getan haben. Dadurch garantiert die Tourismusbranche zwar eine grosse Anzahl von Arbeitsplätzen im Inland, sie ist aber auch den hiesigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schutzlos ausgesetzt. Zum anderen ist die Branche im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz mit massiv höheren Beschaffungs- und Lohnkosten konfrontiert. Gleichzeitig sind den Betrieben aufgrund des starken internationalen Wettbewerbs und der hohen Preissensibilität in der Branche Grenzen hinsichtlich Preiserhöhungen gesetzt. Denn die Gäste vergleichen oft die Preise mit denen der ausländischen Konkurrenz. Zudem hat der Anteil der Übernachtungskosten an den gesamten Urlaubskosten kontinuierlich zugenommen. Dadurch spielen die Preise der Beherbergungsbetriebe eine stets wichtigere und visiblere Rolle bei der Entscheidung für das Reiseziel. Eine <u>dauerhafte Verankerung</u> des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen würde diese Besonderheiten der Beherbergungsbranche berücksichtigen. 3. Eine Verankerung des Sondersatzes erhöht die internationale Wettbewerbsfähigkeit Die Entwicklung der Nachfrage und der Beschäftigungszahlen der Tourismusbranche war im Ausland besser als in der Schweiz. Der Marktanteil der Schweiz hat im Vergleich zum benachbarten Ausland kontinuierlich abgenommen. Neben den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren die höheren Lohn- und Beschaffungskosten wichtige Gründe für diese Entwicklung. So z. B. erhalten die gastgewerblichen Betriebe im benachbarten Ausland ihre Vorleistungen um etwa 20-50% günstiger als die Betriebe in der Schweiz. Die Unterschiede bei den Löhnen sind noch grösser. Ein tiefes Kostenniveau stellt jedoch einen wichtigen Bestandteil der Wettbewerbstätigkeit dar. Ein reduzierter Steuersatz für Beherbergungsleistungen kann zwar das hohe Kostenniveau in der Schweiz nicht gänzlich

beeinflussen. Er entlastet jedoch die Beherbergungsbetriebe, die vom hohen Kostenniveau übermässig stark betroffen sind. Deshalb ist der Sondersatz ein effektives Instrument, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandortes Schweiz zu verbessern. Die Wichtigkeit eines Sondersatzes für die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche haben die Mitglieder der Europäischen Union bereits erkannt. Mit Ausnahme von drei Mitgliedstaaten wenden alle einen reduzierten Steuersatz an, darunter auch die direkten Nachbarländer. Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen in der Schweiz stellt somit keinen Einzelfall dar. Vielmehr entspricht er dem Normalfall in unserer Region. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche sicherzustellen und ähnliche Rahmenbedingungen wie im Ausland zu gewährleisten, **muss der Sondersatz dauerhaft verankert werden.**

4. Die dauerhafte Verankerung führt nicht zu Mehrkosten und ermöglicht dem Staat Planungssicherheit bei den Finanzen

Die dauerhafte Verankerung würde die bisherige Situation weiterführen und keine neuen Kosten oder Mindereinnahmen für den Staat bedeuten. Ausserdem würde die finanzielle Planungssicherheit für den Bund erhöht. Denn die zeitlich begrenzte Weiterführung des Sondersatzes beschränkt die mittelfristige Planbarkeit der staatlichen Steuereinnahmen. Es ist zudem zu betonen, dass das Gastgewerbe einer der wichtigsten Beitragszahler ist und wesentlich zu den staatlichen Einnahmen, welche durch die Mehrwertsteuer erzielt werden, beiträgt.

5. Eine dauerhafte Verankerung erhöht die Planungssicherheit für die Branche und verbessert das Investitionsklima

Ein befristeter Sondersatz bedeutet grosse Unsicherheit für die Beherbergungsbranche. Die Betriebe müssen stets damit rechnen, dass die Kosten massiv steigen könnten in der Zukunft. Zudem würde eine Befristung bis Ende 2020 diese Unsicherheit erhöhen und die Planbarkeit noch mehr einschränken, da die Befristung von 4 neu auf 3 Jahre reduziert wird. Jedoch ist die Beherbergungsbranche ohnehin schon aufgrund der Wirtschaftslage und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit hoher Unsicherheit konfrontiert. Deshalb würde eine Weiterführung und Verkürzung der Befristung die wirtschaftliche Situation verschlechtern und dadurch auch die Anzahl Investitionen in die Tourismusbranche verringern, welche jedoch vor allem zum jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig sind.

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale STP
M. Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Paudex, le 13 février 2017
JHB/dv

Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement » - Réponse à la consultation

Cher Monsieur,

Nous donnons suite à votre circulaire 183/2016 et vous faisons part de nos remarques et commentaires.

1. Remarques générales

Le secteur de l'hébergement, en tant que partie intégrante des branches liées au tourisme, est une industrie importante de notre pays. Exposé à la concurrence féroce que se livrent les destinations touristiques, il mérite que ses conditions-cadres soient adaptées à cet environnement hautement concurrentiel.

Depuis quelques années, l'ensemble du secteur connaît des difficultés économiques, liées aux changements structurels rapides et aux fluctuations des cours de change ; il se révèle particulièrement sensible à l'appréciation marquée du franc suisse depuis la mi-janvier 2015. Dans le canton de Vaud, le secteur de l'hébergement apporte une contribution importante à l'économie régionale. Or, si le tourisme urbain présente des résultats convenables, le tourisme en région de montagne est à la peine.

Sur un plan plus général, nous relevons que, un peu plus de la moitié des nuitées étant générées par des hôtes étrangers, la branche de l'hébergement peut être comptée au rang des branches d'exportation ce qui est de nature à justifier l'octroi d'un taux préférentiel de TVA fixé approximativement à la moitié du taux ordinaire.

Nous relevons aussi que la Suisse n'est pas une exception lorsqu'elle accorde des taux de TVA préférentiels au secteur de l'hébergement. A quelques rares exceptions près, c'est le cas de tous les pays européens. Vu l'environnement concurrentiel, il convient que la fiscalité ne désavantage pas les entreprises suisses par rapport aux destinations étrangères, voire les favorise.

Fondés sur ces constats, nous entrons donc en matière sur le principe de maintenir un taux préférentiel de TVA en faveur du secteur de l'hébergement.

2. Remarques particulières

Le projet soumis à consultation demande que le taux de TVA préférentiel accordé au secteur de l'hébergement soit ancré durablement dans la loi, c'est-à-dire soit inscrit pour une durée indéterminée. Une minorité de la commission souhaite maintenir son échéance à fin 2020.

Nous relevons que le taux a fait l'objet, depuis son adoption, de cinq reconductions, valables les deux premières pour trois ans ensuite chacune pour une durée de quatre ans.

Il nous paraît souhaitable que les taux d'imposition – et notamment celui de la TVA – fassent périodiquement l'objet d'un examen. Le processus de reconduction d'un taux réduit est dès lors une bonne occasion de procéder à cette réévaluation et d'apprécier si les conditions qui ont présidé à l'octroi du taux préférentiel sont toujours réunies ou se sont modifiées. L'ancrage définitif du taux préférentiel dans la loi nous paraît dès lors aller à l'encontre de cette démarche. Un tel raisonnement nous a conduits récemment à refuser de pérenniser l'impôt fédéral direct et la TVA, projet entretemps abandonné par le Conseil fédéral.

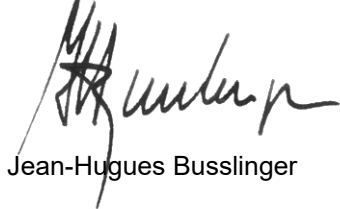
En revanche, limiter par trop la durée durant laquelle le taux préférentiel est accordé nous paraît inadéquat. En ce sens, l'option retenue par la minorité de la commission – accorder le taux pour 3 ans seulement – n'est pas à retenir. En effet, d'une part un cycle trop court ne permet pas d'enregistrer de notables fluctuations qui justifieraient une réévaluation, d'autre part nuit à la prévisibilité indispensable à la conduite des affaires dans ce secteur. Alors que le secteur est déjà exposé – on l'a dit – tant aux aléas conjoncturels qu'à une vive concurrence – nous considérons que la fiscalité ne doit pas représenter un facteur de risque supplémentaire à court terme. On sait qu'une certaine prévisibilité est indispensable aux décisions d'investissements dont la branche a un réel besoin. En ce sens, et pour aller dans le sens d'une prévisibilité raisonnable tout en permettant le réexamen périodique du bien fondé d'un taux préférentiel, nous considérons qu'il convient d'accorder ce taux préférentiel pour une dizaine d'années.

3. Conclusions

Si nous entrons en matière pour le maintien du taux préférentiel de TVA accordé au secteur de l'hébergement, nous refusons tant la proposition de la majorité de la commission, soit son ancrage sans limitation de temps dans la loi, que la proposition de la minorité de la limiter à trois ans. Nous préconisons dès lors que ce taux soit accordé pour une période d'une dizaine d'années.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez prêté à nos lignes et vous prions d'agréer, cher Monsieur, nos bien cordiales salutations.

Centre Patronal



Jean-Hugues Busslinger

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Sur le principe OUI le taux spécial de TVA doit être maintenu.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Il nous paraît souhaitable que les taux d'imposition – et notamment celui de la TVA – fassent périodiquement l'objet d'un examen. Le processus de reconduction d'un taux réduit est dès lors une bonne occasion de procéder à cette réévaluation et d'apprécier si les conditions qui ont présidé à l'octroi du taux préférentiel sont toujours réunies ou se sont modifiées. L'ancrage définitif du taux préférentiel dans la loi nous paraît dès lors aller à l'encontre de cette démarche. Un tel raisonnement nous a conduits récemment à refuser de pérenniser l'impôt fédéral direct et la TVA, projet entretemps abandonné par le Conseil fédéral. En revanche, limiter par trop la durée durant laquelle le taux préférentiel est accordé nous paraît inadéquat. En ce sens, l'option retenue par la minorité de la commission – accorder le taux pour 3 ans seulement – n'est pas à retenir. En effet, d'une part un cycle trop court ne permet pas d'enregistrer de notables fluctuations qui justifieraient une réévaluation, d'autre part nuit à la prévisibilité indispensable à la conduite des affaires dans ce secteur. Alors que le secteur est déjà exposé – on l'a dit – tant aux aléas conjoncturels qu'à une vive concurrence – nous considérons que la fiscalité ne doit pas représenter un facteur de risque supplémentaire à court terme. On sait qu'une certaine prévisibilité est indispensable aux décisions d'investissement, investissements dont la branche a un réel besoin. En ce sens, et pour aller dans le sens d'une prévisibilité raisonnable tout en permettant le réexamen périodique du bien fondé d'un taux préférentiel, nous considérons qu'il convient d'accorder ce taux préférentiel pour une dizaine d'années.

3. Conclusions

Si nous entrons en matière pour le maintien du taux préférentiel de TVA accordé au secteur de l'hébergement, nous refusons tant la proposition de la majorité de la commission, soit son ancrage sans limitation de temps dans la loi, que la proposition de la minorité de la limiter à trois ans. Nous préconisons dès lors que ce taux soit accordé pour une période d'une dizaine d'années.

vernehmlassungen@estv.admin.ch

**Commission de l'économie et des
redevances**
3003 Berne

Genève, le 22 décembre 2016
FER No 36-2016

15.410 Iv.pa. de Buman. Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous consulter sur l'avant-projet visant à ancrer durablement le taux spécial de TVA, élaboré dans le cadre de l'initiative parlementaire de Buman 15.410 « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement ». Cet avant-projet a pour but d'inscrire le taux spécial de TVA de 3.8% applicable à l'hébergement pour une durée illimitée dans la loi sur la TVA (LTVA). L'objectif est de donner à ce secteur très exposé à la concurrence internationale la garantie que le taux spécial ne sera pas supprimé dans un futur proche.

L'article 130 al. 2 de la Constitution fédérale prévoit un taux spécial pour l'hébergement (3,8 %) dont la hauteur doit se situer entre le taux réduit (2,5 %) et le taux normal (8 %). Ce taux spécial est appliqué depuis 1996; limité dans le temps, il a été prolongé à cinq reprises. Sa validité actuelle court jusqu'à fin 2017.

Ce taux spécial a été introduit pour tenir compte du fort caractère de produit d'exportation que revêt l'hébergement. En effet, plus de 60 % des nuitées passées en Suisse le sont par des hôtes étrangers. L'objectif de la fixation d'un taux spécial à 3.8% était donc de maintenir la compétitivité et l'attractivité du site national, pour contrer la force constante de notre monnaie. Il faut savoir que 24 des 28 pays de l'Union européenne appliquent un taux spécial à l'hébergement.

La décision du 15 janvier de la Banque nationale suisse d'abolir le cours plancher du franc suisse face à l'euro a porté un coup important au secteur de l'hébergement. Sachant qu'il est fort peu probable que notre monnaie s'affaiblisse à l'avenir, il est logique d'appliquer désormais durablement un taux spécial à ce secteur qui ne peut compenser la cherté du franc comme le font d'autres secteurs d'importation.

Il en va des conditions-cadres de notre économie, dont un secteur important pourrait ainsi continuer d'être déchargé annuellement à hauteur de 180 millions de francs. La suppression du taux spécial affaiblirait toutes les mesures de promotion du tourisme en raison du renchérissement que cela provoquerait.

Au vu des considérations qui précèdent, la FER estime donc qu'après 20 ans de caractère provisoire, il est grand temps que le taux spécial soit ancré définitivement dans la loi sur la TVA, comme le propose l'avant-projet soumis à consultation. Cela apporterait aux entreprises du secteur de l'hébergement une sécurité à long terme en matière de planification. Enfin, une prorogation définitive du taux spécial n'engendrerait aucun surcoût.

Vous trouverez ci-après les réponses au questionnaire. En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à notre réponse, nous vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Blaise Matthey
Secrétaire général

Delphine Trunde-Jaccard
Directrice adjointe politique générale
FER Genève

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	OUI

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	OUI

Réponse de la FER / procédure de consultation No 36-2016

Zentralsekretariat
Monbijoustrasse 20
Postfach
3001 Bern
Tel. +41 31 380 64 30
Fax. +41 31 380 64 31

TREUHAND|SUISSE, Postfach, 3001 Bern
Eidg. Steuerverwaltung
Hauptabteilung STP
Herr Beat Speicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Bern, den 20.02.2017

15.410 Parl. Iv. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 07.11.2016 hat die Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates das Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative de Buman (dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen) eröffnet. Wir erlauben uns, im Namen von TREUHAND|SUISSE zur Vernehmlassungsvorlage wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Einleitende Bemerkungen

Wie dem erläuternden Bericht zu entnehmen ist, stimmten die Räte in der Frühlingssession 1996 einem befristeten Sondersatz für Beherbergungsleistungen aufgrund der damals schwierigen Wirtschaftslage der Tourismusbranche zu. Die Einführung des Sondersatzes wurde als vorübergehende Massnahme bis Ende Dezember 2001 vorgesehen. In der Zwischenzeit hat die Bundesversammlung den Sondersatz für Beherbergungsleistungen insgesamt 5 Mal verlängert.

Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen hat allenfalls eine kurzfristige Erleichterung für die Hotellerie gebracht hat, jedoch langfristig keine wesentliche Verbesserung der Lage der Branche bewirkt. Diese ist von anderen Einflüssen wesentlich stärker geprägt.

Ferner ist eine Sonderbehandlung einer Branche aus ordnungspolitischer Optik kritisch. Zudem waren in den letzten Jahren auch andere Branchen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt, für welche jedoch keine Sonderlösung geschaffen wurde.

2. Zur Vernehmlassungsvorlage

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen abgelehnt. Viel sinnvoller wäre es, wenn man die administrative Belastung für die Unternehmen mit einer Vereinfachung der Mehrwertsteuer generell reduziert. Was die Satzebene anbelangt, so kann dieses Ansinnen mit einem Einheitsatz bewerkstelligt werden. Die Tourismusbranche würde zwar im Bereich der Beherbergungsleistungen eine steuerliche Mehrbelastung erfahren, auf der anderen Seite würden Leistungen, welche heute zum Normalsatz abgerechnet werden müssen, zukünftig tiefer besteuert.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Position und stehen Ihnen bei weiteren Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

TREUHAND|SUISSE Schweizerischer Treuhänderverband



Nationalrätin Daniela Schneeberger
Zentralpräsidentin TREUHAND|SUISSE

Branko Balaban
Leiter Institut Steuern TREUHAND|SUISSE

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Fribourg, le 10 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

ASSOCIATION FRIBOURGEOISE DES HÔTELIERS

Raymond Surchat, Président

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
OUI	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
OUI	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact:

Association Fribourgeoise des Hôteliers
Freiburger Hotelier Verband
Raymond Surchat, Président
Rte de Villars 37 / 1700 Fribourg
026 429 56 00

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Sion, le 28 novembre 2016

Consultation: Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit durablement ancré dans la loi. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

Avec nos meilleures salutations

ASSOCIATION HÔTELIÈRE DU VALAIS

Dr. Markus Schmid, président

Patrick Béro, directeur

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. • La suppression du taux spécial affaiblirait la branche durablement. La branche de l'hébergement, et avec elle le tourisme, sont un facteur économique de poids pour la Suisse. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie régionale. Dans les destinations de vacances alpines traditionnelles, l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues au changement structurel rapide et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela aussi parce que l'on ne peut pas répercuter les coûts occasionnés sur les hôtes et donc sur les prix. La marge de manœuvre ici est déjà épuisée. • Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion des exportations des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un facteur coûts qui pèse toujours plus lourd dans le forfait de vacances. La vente de nuitées réagit donc de manière très sensible aux prix. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. • Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers et restaurateurs en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les

	prestations d'hébergement ne peut certes combler les écarts, mais pour assurer un développement durable orienté sur le marché, l'hôtellerie suisse doit bénéficier de conditions générales équivalentes à celles que connaissent ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie et de la restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement devrait être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et de la restauration. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :
 AHV / WHV
 Rue Pré-Fleuri 6
 1950 Sion
 info@vs-hotel.ch

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Yverdon-les-Bains, le 13 février 2017

Consultation: Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

En tant que directrice régionale du tourisme, je vous remercie vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Je vous fais parvenir en annexe le questionnaire complété.

Je serais très heureuse que notre demande reçoive un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Je me tiens à volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ma prise de position, je vous prie d'agréer, Monsieur, l'expression de mes sentiments distingués.

D. Faesch, directrice régionale du tourisme
Yverdon-les-Bains Région (ADNV)

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. • La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. • Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. • Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est

	inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

D. Faesch, directrice régionale du tourisme
Yverdon-les-Bains Région

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. • La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région, regroupant les cantons de Vaud, Fribourg, Neuchâtel et Jura. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie régionale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. • Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. • Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à

	ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	--

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

Association Romande des Hôteliers
Philippe Thuner, président
Chemin de Boston 25
1004 Lausanne

tél : 021 617 72 56 e-mail : thuner@hotellerieromande.ch

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Fribourg, le 10 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

ASSOCIATION FRIBOURGEOISE DES HÔTELIERS

Au Parc Hotel
Famille Surchat – Propriétaire

Raymond Surchat, directeur

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
OUI	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
OUI	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

Raymond Surchat, directeur

Tél direct 026 429 56 00

raymond.surchat@auparc-hotel.ch

Au Parc Hotel

Famille Surchat - Propriétaire

Rte de Villars 37

1700 Fribourg

Tél. 026 429 56 56

Fax 026 429 56 57

Web site www.auparc-hotel.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Kontaktperson Michael Keller
Telefon direkt +41 (0) 31 328 12 39
E-Mail Michael.Keller@bern.com
Datum 6. Januar 2017

**Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman
„Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“**

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens.

Bern Tourismus ist der Meinung, dass eine Abschaffung des Sondersatzes die Tourismusbranche nachhaltig schwächen würde und unterstützt die definitive Verankerung des MwSt.-Sondersatzes für das Beherbergungsgewerbe. Die beiden Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1: Ja zum Sondersatz

Frage 2: Ja zur definitiven Verankerung des Sondersatzes, nein zur Befristung auf 3 Jahre

Unsere Argumente für das Ja zu einem definitiv verankerten Sondersatz sind wie folgt:

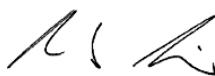
- ▶ Der Tourismus und mit ihm die Beherbergungsbranche ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. Der Tourismus befindet sich seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MwSt.-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen.
- ▶ Volk und Politik haben vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach.
- ▶ Nach 20 Jahren Provisorium muss der Beherbergungssatz definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden. Dies schafft Planungssicherheit!
- ▶ Die Wettbewerbsfähigkeit der Branche muss unterstützt werden.
- ▶ In einer preissensiblen Branche wie dem Tourismus bildet der Beherbergungssatz ein wirksames Mittel zur Unterstützung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. 25 der 28 EU-Staaten wenden einen Mehrwertsteuer-Sondersatz an.
- ▶ Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Bern Tourismus



Alec von Graffenried
Präsident



Markus Lergier
Direktor



Berner Bergbahnen
Remontées Mécaniques Bernoises

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Meiringen, 16. Februar 2017

**Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen –
Stellungnahme vom Verband Berner Bergbahnen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit zur dauerhaften Verankerung des MWST-Sondersatzes Stellung zu nehmen. Rund ein Fünftel des Umsatzes der Seilbahnbranche wird durch Gastronomie und Beherbergungsleistungen erwirtschaftet. Aus diesem Grund hat der Verband Berner Bergbahnen ein grosses Interesse sich zum vorliegenden Geschäft zu äussern.

Unsere Vernehmlassungsantwort entnehmen Sie dem ausgefüllten Fragebogen im Anhang.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unser Anliegen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Verband Berner Bergbahnen

Markus Hostettler
Präsident

Nicolas Vauclair
Vorstandsmitglied

Kopie z.K. :
- Vorstandsmitglieder BBB

Geschäftsstelle Berner Bergbahnen

Ausbildungszentrum
Seilbahnen Schweiz
Zeughausstrasse 19
CH-3860 Meiringen

Tel. +41 (0)33 972 40 00
Fax +41 (0)33 972 40 01
info@berner-bergbahnen.ch
www.berner-bergbahnen.ch



15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

Stellungnahme vom Verband Berner Bergbahnen (BBB)

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte aus folgenden Gründen beibehalten werden: Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Beherbergungsbranche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Tourismus überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkurschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist und weil aufgrund der Standortgebundenheit die Produktion nicht ausgelagert werden kann. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist der Tourismus eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung seit Jahren einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die touristischen Leistungsträger oder die Beherbergungsbranche an. Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht

	wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie die Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zur Hotellerie. Diese ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation in der Hotellerie zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im gesamten Gastgewerbe im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da die Schweizer Hotellerie mit ihren hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:
Verband Berner Bergbahnen
Geschäftsstelle
Zeughausstrasse 19
3860 Meiringen
info@berner-bergbahnen.ch
033 972 40 00

Union suisse des arts et métiers (USAM)
M. Henrike Schneider
Directeur adjoint
Schwarztorstrasse 26
Case postale
3001 Berne

Paudex, le 10 février 2017
JHB/dv

Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement » - Réponse à la consultation

Cher Monsieur,

Nous donnons suite à votre circulaire 183/2016 et vous faisons part de nos remarques et commentaires.

1. Remarques générales

Le secteur de l'hébergement, en tant que partie intégrante des branches liées au tourisme, est une industrie importante de notre pays. Exposé à la concurrence féroce que se livrent les destinations touristiques, il mérite que ses conditions-cadres soient adaptées à cet environnement hautement concurrentiel.

Depuis quelques années, l'ensemble du secteur connaît des difficultés économiques, liées aux changements structurels rapides et aux fluctuations des cours de change ; il se révèle particulièrement sensible à l'appréciation marquée du franc suisse depuis la mi-janvier 2015. Dans le canton de Vaud, le secteur de l'hébergement apporte une contribution importante à l'économie régionale. Or, si le tourisme urbain présente des résultats convenables, le tourisme en région de montagne est à la peine.

Sur un plan plus général, nous relevons que, un peu plus de la moitié des nuitées étant générées par des hôtes étrangers, la branche de l'hébergement peut être comptée au rang des branches d'exportation ce qui est de nature à justifier l'octroi d'un taux préférentiel de TVA fixé approximativement à la moitié du taux ordinaire.

Nous relevons aussi que la Suisse n'est pas une exception lorsqu'elle accorde des taux de TVA préférentiels au secteur de l'hébergement. A quelques rares exceptions près, c'est le cas de tous les pays européens. Vu l'environnement concurrentiel, il convient que la fiscalité ne désavantage pas les entreprises suisses par rapport aux destinations étrangères, voire les favorise.

Fondés sur ces constats, nous entrons donc en matière sur le principe de maintenir un taux préférentiel de TVA en faveur du secteur de l'hébergement.

2. Remarques particulières

Le projet soumis à consultation demande que le taux de TVA préférentiel accordé au secteur de l'hébergement soit ancré durablement dans la loi, c'est-à-dire soit inscrit pour une durée indéterminée. Une minorité de la commission souhaite maintenir son échéance à fin 2020.

Nous relevons que le taux a fait l'objet, depuis son adoption, de cinq reconductions, valables les deux premières pour trois ans ensuite chacune pour une durée de quatre ans.

Il nous paraît souhaitable que les taux d'imposition – et notamment celui de la TVA – fassent périodiquement l'objet d'un examen. Le processus de reconduction d'un taux réduit est dès lors une bonne occasion de procéder à cette réévaluation et d'apprécier si les conditions qui ont présidé à l'octroi du taux préférentiel sont toujours réunies ou se sont modifiées. L'ancrage définitif du taux préférentiel dans la loi nous paraît dès lors aller à l'encontre de cette démarche. Un tel raisonnement nous a conduits récemment à refuser de pérenniser l'impôt fédéral direct et la TVA, projet entretemps abandonné par le Conseil fédéral.

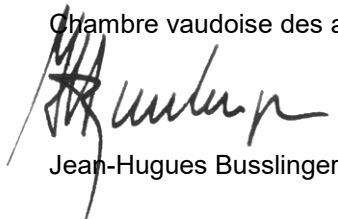
En revanche, limiter par trop la durée durant laquelle le taux préférentiel est accordé nous paraît inadéquat. En ce sens, l'option retenue par la minorité de la commission – accorder le taux pour 3 ans seulement – n'est pas à retenir. En effet, d'une part un cycle trop court ne permet pas d'enregistrer de notables fluctuations qui justifieraient une réévaluation, d'autre part nuit à la prévisibilité indispensable à la conduite des affaires dans ce secteur. Alors que le secteur est déjà exposé – on l'a dit – tant aux aléas conjoncturels qu'à une vive concurrence – nous considérons que la fiscalité ne doit pas représenter un facteur de risque supplémentaire à court terme. On sait qu'une certaine prévisibilité est indispensable aux décisions d'investissements dont la branche a un réel besoin. En ce sens, et pour aller dans le sens d'une prévisibilité raisonnable tout en permettant le réexamen périodique du bien fondé d'un taux préférentiel, nous considérons qu'il convient d'accorder ce taux préférentiel pour une dizaine d'années.

3. Conclusions

Si nous entrons en matière pour le maintien du taux préférentiel de TVA accordé au secteur de l'hébergement, nous refusons tant la proposition de la majorité de la commission, soit son ancrage sans limitation de temps dans la loi, que la proposition de la minorité de la limiter à trois ans. Nous préconisons dès lors que ce taux soit accordé pour une période d'une dizaine d'années.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez prêté à nos lignes et vous prions d'agréer, cher Monsieur, nos bien cordiales salutations.

Chambre vaudoise des arts et métiers



Jean-Hugues Busslinger

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja! Der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen ist gerade in den grossen Schweizer Städten wie Zürich von immenser Bedeutung. Denn er unterstützt die Hotellerie und den gesamten Tourismus in einer sehr turbulenten Zeit. Deshalb sollte er unbedingt weiterhin bestehen bleiben und zudem endlich <u>dauerhaft verankert</u> werden. 1. Nur grosse Städte sorgen für ein leichtes Plus bei den Logiernächten Es ist nur den bislang noch gesamthaft steigenden Logiernächte-Zahlen in den grossen Städten wie Zürich, Basel und Genf zu verdanken, dass die Schweizer Tourismusindustrie bei den Übernachtungen von inländischen und internationalen Gästen im Gesamtsaldo eine „schwarze Null“ schreiben kann. Denn die Logiernächte in den Bergregionen brechen seit vielen Quartalen teils um Raten von über 20 % Minus ein. Der Strukturwandel in den Bergen ist eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung, die kein Patentrezept kennt. Hingegen sind die Hotels und Beherbergungsbetriebe in Städten wie Zürich immer mehr tragende Säulen der Tourismuswirtschaft. Die Betriebe und die gesamte Destination Zürich, auch als Business-, Messe- und Veranstaltungsort stehen im harten Wettbewerb mit ausländischen Veranstaltungsorten in Grenznähe. Die Fortführung und <u>dauerhafte Verankerung</u> des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen ist in dieser Situation besonders wichtig, da dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hotellerie gestärkt werden kann. Die Beherbergungsbetriebe würden entlastet werden und müssten nicht mit höheren Kosten durch steigende Abgaben rechnen.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Ja. Denn die dauerhafte Verankerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen bietet der Destination Zürich einen Beitrag zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Dies ist aufgrund des Kosten- und Preisgefälles zum Ausland überlebensnotwendig. 1. Die dauerhafte Verankerung reduziert Unsicherheit Eine <u>dauerhafte Verankerung des Sondersatzes</u> erhöht die Sicherheit der gastgewerblichen Unternehmen. Der Planungshorizont muss in den angespannten wirtschaftlichen Zeiten unbedingt vergrössert werden. Denn gastgewerbliche Unternehmer, Gäste und die Destination Zürich als ganzen profitieren von Investitionen in Hotelanlagen. 2. Die dauerhafte Verankerung trägt dem Export-Charakter Rechnung Übernachtungsleistungen, die von ausländischen Gästen beansprucht werden, stellen Exporte dar. 55% der Logiernächte werden von ausländischen Kunden gebucht. Deshalb trägt die Hotellerie wesentlich zu den Exportleistungen der Schweiz bei. Als internationale Stadt mit vielen multinationalen Unternehmen und ausländischen Geschäftsreisenden trifft das vor allem auch auf die Stadt Zürich und die umliegenden Gebiete zu. Exportleistungen sind grundsätzlich ausgenommen von der Mehrwertsteuer. Jedoch trifft das nicht auf die Hotellerie zu, da sie ihre Leistungen im Inland erbringt. Eine <u>dauerhafte Verankerung</u> würde hier Abhilfe schaffen. Abschliessend spricht sich GastroZürichCity aufgrund der oben genannten Überlegungen deutlich für die dauerhafte Verankerung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes aus. Dieser trägt der Bedeutung der Hotellerie in Zürich für den gesamten Schweizer Tourismusstandort angemessen Rechnung.

15.410 Initiative parlementaire de Buman. Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement

**Avant-projet de la procédure de consultation
Questionnaire**

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement doit être prolongé au-delà de l'année 2017?
Réponse	La réponse est OUI, le taux spécial de TVA pour les prestations de l'hébergement doit être prolongé et <u>surtout être ancré de façon durable</u>. Le taux spécial est indispensable pour la branche de l'hébergement et celle du tourisme ainsi que pour les régions périphériques et de montagne. Le tourisme et la branche de l'hébergement sont confrontés depuis des années à un recul du nombre de clients et de nuitées ainsi qu'à une hausse des coûts. Les conditions cadre économiques suisses ont particulièrement préjudicié la branche. La force du franc a largement contribué à la baisse massive du nombre de clients étrangers au cours des dernières années. Cette tendance s'est encore accentuée avec l'abolition du cours minimal de l'euro. En outre, la situation économique défavorable dans les principaux pays de provenance des visiteurs explique aussi leur absence. Ainsi, rien qu'en 2015, le nombre de clients européens diminuait déjà, par rapport à l'année précédente, de 9.3%. Le recul des clients allemands, qui représentent le groupe le plus important, se situait même à 12.3%. Ces développements sont directement liés au franc fort. Or, l'hôtellerie ne peut pas renoncer à la clientèle étrangère, puisque celle-ci représente la majorité des nuitées. Outre le recul des nuitées, l'énorme pression sur les coûts place les entreprises de l'hébergement face à un grand défi. Les coûts d'approvisionnement et salariaux dans les pays voisins sont bien plus bas qu'en Suisse, ce qui limite la compétitivité de la branche. Une abolition du taux spécial serait une catastrophe pour la branche de l'hébergement. Une telle décision ferait exploser les coûts. En effet, ce sont les entreprises qui devraient supporter l'augmentation de l'impôt, puisqu'il n'existe plus de marge de manœuvre pour augmenter les prix. Or, en raison de l'âpre concurrence et de la pression des coûts, de nombreuses entreprises de l'hébergement inscrivent aujourd'hui déjà une perte. Une abolition aggraverait encore à long terme la situation économique déjà défavorable, nuirait au tourisme et conduirait à des pertes massives d'emplois. Les conséquences ne seraient pas ressenties uniquement dans la branche mais dans l'économie toute entière, puisque les entreprises de l'hébergement apportent une contribution importante à la création de valeur totale, et représentent un des employeurs les plus importants dans les régions touristiques traditionnelles. Les régions périphériques et de montagne seraient particulièrement touchées par une abolition du taux spécial.

2.	Le taux spécial pour les prestations de l'hébergement doit-il être ancré de façon durable dans la Loi sur la TVA, comme le propose la majorité de la commission pour l'économie et les taxes du Conseil national, ou être limité à fin 2020 comme le propose la minorité de la commission?
Réponse	Le taux spécial devrait être ancré de façon durable dans la loi sur la TVA. 1. La majorité des nuitées constitue des exportations La majorité des nuitées est réservée par la clientèle étrangère. En ce sens, les prestations de l'hôtellerie représentent des exportations. Normalement, les exportations sont libérées de la TVA. Or, les entreprises de l'hébergement ne peuvent pas profiter de cette exemption d'impôts. L'hôtellerie ne peut être délocalisée et est forcée de fournir ses prestations à l'intérieur du pays, bien qu'elle représente une des plus grandes branches d'exportation. <u>Par conséquent, un taux spécial durable pour les prestations de l'hébergement rend compte du caractère d'exportation de l'hôtellerie.</u> 2. La branche du tourisme est liée à son emplacement et sensible au prix Une minorité dans la commission de l'économie et des redevances du Conseil national (CERN) argumente que le taux spécial est une faveur injustement accordée à la branche de l'hébergement, et que d'autres branches sont aussi touchées par l'euro faible. Il faut toutefois objecter ici que la branche du tourisme se distingue par des particularités qui renforcent encore les conséquences négatives des conditions cadre économiques. D'une part, la branche du tourisme est une branche d'exportation, tout en étant liée à son emplacement. Elle ne peut pas délocaliser sa production à l'étranger comme d'innombrables entreprises dans d'autres branches l'ont déjà fait. De cette manière, la branche du tourisme garantit certes un grand nombre de places de travail à l'intérieur du pays, elle est toutefois aussi exposée sans protection aux conditions cadre économiques sur place. D'autre part, la branche est confrontée, en comparaison avec la concurrence étrangère, à des coûts salariaux et d'acquisition massivement plus élevés. Compte tenu de l'âpre concurrence internationale et de la sensibilité au prix élevée de la branche, des limites sont fixées aux entreprises en ce qui concerne les augmentations de prix. En effet, les clients comparent souvent les prix à ceux de la concurrence étrangère. Un autre point est que la part des nuitées par rapport au prix total des vacances est devenue toujours plus grande. Le prix des entreprises d'hébergement joue un rôle toujours plus important et visible dans la décision pour une destination. <u>Un ancrage durable</u> du taux spécial pour les prestations de l'hébergement prendrait en compte ces particularités de la branche. 3. Un ancrage du taux spécial augmente la compétitivité internationale Le développement de la demande et des chiffres de l'emploi dans la branche du tourisme est meilleur à l'étranger qu'en Suisse. La part de marché de la Suisse a baissé de façon continue en comparaison de l'étranger voisin. Outre les conditions cadre économiques, les coûts d'approvisionnement et salariaux plus élevés ont été des raisons importantes de ce développement. Ainsi par ex., les entreprises de l'hôtellerie-restauration de l'étranger voisin paient les frais liés à leurs prestations préalables environ 20 à 50% moins cher que les entreprises suisses. Les différences dans les salaires sont encore plus grandes. Un niveau des coûts bas représente un élément important de la compétitivité. Un taux d'imposition réduit pour les prestations de l'hébergement ne peut certes pas influencer sur le niveau général des coûts en Suisse, il soulage toutefois les entreprises de

l'hébergement très affectées par les coûts trop élevés. Par conséquent, le taux spécial est un instrument efficace pour améliorer la compétitivité internationale du site touristique, Suisse. Les membres de l'Union européenne ont déjà reconnu l'importance d'un taux spécial pour la compétitivité de la branche du tourisme. A l'exception de trois Etats membres, tous appliquent un taux d'imposition réduit, dont également les pays limitrophes de la Suisse. Le taux spécial pour les prestations de l'hébergement ne représente donc pas un cas isolé. Il correspond plutôt à la norme européenne. Pour garantir la compétitivité internationale de la branche du tourisme et garantir des conditions cadre similaires à celles de l'étranger, **le taux spécial doit être ancré de façon durable.**

4. L'ancrage durable n'entraîne pas de surcoûts et permet à l'Etat une sécurité dans la planification des finances

L'ancrage durable ferait perdurer la situation actuelle et ne signifierait pas pour l'Etat de nouveaux coûts ou des pertes fiscales. En outre, la sécurité de planification financière pour la Confédération serait augmentée. Par contre, le maintien de la limite dans le temps du taux spécial restreint les possibilités de planifier à moyen terme les recettes fiscales de l'Etat. Remarquons ici que l'hôtellerie-restauration est un des contribuables les plus importants et qu'elle contribue largement aux recettes publiques obtenues par la TVA.

5. Un ancrage durable augmente la sécurité de planification pour la branche et améliore le climat d'investissement

Un taux spécial limité dans le temps provoque une grande insécurité dans la branche de l'hébergement. Les entreprises doivent toujours s'attendre à ce qu'un jour les coûts augmentent massivement. La fixation d'un délai à la fin 2020 augmenterait encore cette insécurité, et limiterait encore davantage la capacité de planifier, puisque la durée limite serait désormais réduite de 4 à 3 ans. Compte tenu de la situation économique et des conditions cadre économiques, la branche de l'hébergement doit déjà faire face à une insécurité élevée. Par conséquent, le maintien et la restriction d'une durée limite aggraverait la situation économique et par suite réduirait l'importance des investissements dans la branche du tourisme, qui sont pourtant essentiels, surtout à l'heure actuelle.

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja! Der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen ist von grosser Wichtigkeit für die Beherbergungsbranche und den Tourismus. Deshalb sollte er bestehen bleiben und <u>dauerhaft verankert</u> werden. 1. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hotellerie würde gestärkt Die Hotellerie ist mit einer schlechten Wirtschaftslage konfrontiert. Die Frankenstärke und das hohe Kostenniveau haben die Aussichten der Branche massiv verschlechtert. Die Anzahl der ausländischen Gäste hat stark abgenommen. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Die Fortführung und <u>dauerhafte Verankerung</u> des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen ist in dieser Situation besonders wichtig, da dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hotellerie gestärkt werden kann. Die Beherbergungsbetriebe würden entlastet werden und müssten nicht mit höheren Kosten durch Abgaben rechnen. 2. Die Nachfrage in der Hotellerie ist preissensibel Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen würde zu massiven Mehrkosten führen, welche von den Betrieben getragen werden müssten. Denn die Nachfrage nach Übernachtungsleistungen ist preissensibel. Die Gäste reagieren äusserst sensibel auf Preiserhöhungen und reduzieren ihre Nachfrage schon bei kleinen Veränderungen. Deshalb können die Preise nicht erhöht werden, da mit Umsatzeinbrüchen gerechnet werden muss. Jedoch ist es für viele Hoteliere nicht möglich die Mehrkosten zu tragen, da viele Betriebe heute schon aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Verluste ausweisen. Die Folge einer Steuererhöhung wären Betriebsschliessungen und Kündigungen. Neben den negativen Folgen für die nationale wie auch die regionale Wirtschaft wären, aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit, durch Steuerausfälle auch die staatlichen Finanzen negativ betroffen. 3. Fast alle Mitgliedstaaten der EU haben einen reduzierten Satz Nur drei Mitgliedstaaten der EU kennen keinen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen. Alle anderen Mitgliedstaaten haben einen reduzierten Satz implementiert. Darunter sind auch die direkten Nachbarländer der Schweiz, welche gleichzeitig die schärfsten Konkurrenten des Tourismusstandorts Schweiz sind. Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hotellerie massiv einschränken und die Beherbergungsbetriebe enorm benachteiligen.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Ja. Die dauerhafte Verankerung des MWST-Sondersatzes für Beherbergungsleistungen ist von grosser Wichtigkeit für die Hotellerie und den Tourismusstandort Schweiz. 1. Die dauerhafte Verankerung reduziert Unsicherheit Eine <u>dauerhafte Verankerung des Sondersatzes</u> würde die Planungssicherheit für die Beherbergungsbetriebe erhöhen. Die Unternehmen müssten nicht mit einer baldigen Steuererhöhung und den damit verbundenen Kosten rechnen. Dadurch lassen sich die Geschäftsentwicklung und auch zukünftige Investitionen besser planen. Planungssicherheit ist in der heutigen unsicheren Wirtschaftslage von grosser Wichtigkeit. Die vorherrschende Unsicherheit aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen könnte durch die Verankerung des Sondersatzes reduziert werden. Eine weitere befristete Verlängerung des Sondersatzes würde jedoch die Unsicherheit unnötig weiter verlängern, den Betrieben die Geschäftstätigkeit erschweren und mögliche Investitionen verhindern. 2. Die dauerhafte Verankerung trägt dem Export-Charakter Rechnung Übernachtungsleistungen, die von ausländischen Gästen beansprucht werden, stellen Exporte dar. 55% der Logiernächte werden von ausländischen Kunden gebucht. Deshalb trägt die Hotellerie wesentlich zu den Exportleistungen der Schweiz bei. Als internationale Stadt mit vielen multinationalen Unternehmen und ausländischen Geschäftsreisenden trifft das vor allem auch auf die Stadt Zürich und die umliegenden Gebiete zu. Exportleistungen sind grundsätzlich ausgenommen von der Mehrwertsteuer. Jedoch trifft das nicht auf die Hotellerie zu, da sie ihre Leistungen im Inland erbringt. Eine <u>dauerhafte Verankerung</u> würde hier Abhilfe schaffen. 3. Die staatlichen Finanzen werden nicht belastet Der MWST-Sondersatz besteht nun seit zwanzig Jahren. Eine dauerhafte Verankerung würde Kontinuität bedeuten und führt nicht zu zusätzliche Kosten für den Staat.

Leysin, le 17 février 2017/JJB/cd

Maison de Commune

Rue du Village 39

1854 Leysin

Tél. : +41 (0)24 493 45 40

Fax : +41 (0)24 493 45 49

E-Mail : info@leysin-commune.ch

www.leysin-commune.ch

Administration fédérale des contributions AFC

Division principale Politique fiscale

Monsieur Beat Spicher

Schwarztorstrasse 50

3003 Berne

Affaire traitée par : Municipalité

Référence

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Au nom de la Municipalité :

Le Syndic :

Le secrétaire :

Jean-Marc Udriot

Jean-Jacques Bonvin

Annexe : questionnaire

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents.

	Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact:

Commune de Leysin
M. Jean-Marc Udriot
Syndic
Rue du Village 39
1854 Leysin
Tél. : 024 493 45 40
Email : greffe@leysin.ch

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Fribourg, le 14 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

ASSOCIATION FRIBOURGEOISE DES HÔTELIERS

Hôtel Cailler - 1637 Charmey
Stéphane Schlaeppy

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
OUI	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
OUI	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact:

Hôtel Cailler
Gros plan 28
1637 Charmey
026 927 62 62

Stéphane Schlaeppy
Directeur

Fribourg, le 12 février 2017

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Hôtel Elite Fribourg

Fabienne Dousse Zamofing

Annexe mentionnée

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
OUI	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
OUI	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact:

Hôtel Elite Fribourg
Fabienne Dousse Zamofing
Rue du Criblet 7
1700 Fribourg

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Fribourg, le 10 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Sophie Rouvenaz
Directrice administrative
Bullehôtel SA

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Interlaken, 4. Januar 2017 - AKS

**Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer.
Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“**

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. In der Beilage lassen wir Ihnen den ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Hotelier-Verein Berner Oberland

sig. Urs Bircher
Präsident

sig. Annette Köchli-Stoffel
Geschäftsführerin

1 Beilage

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Bern, 17. Januar 2017

**Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman
„Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“**

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens.

Hotellerie Bern+ Mittelland ist der Meinung, dass eine Abschaffung des Sondersatzes die Tourismusbranche nachhaltig schwächen würde und unterstützt die definitive Verankerung des MwSt-Sondersatzes für die Beherbergungsbranche. In der Beilage lassen wir Ihnen den entsprechend ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Hotellerie Bern+ Mittelland



Beatrice Imboden
Präsidentin



Melitta Krönig-Hischier
Leiterin der Geschäftsstelle

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung.

	• Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Hotellerie Bern+ Mittelland
Beatrice Imboden
Standstrasse 8
3000 Bern 22

bea.imboden@bluewin.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Rapperswil-Jona, 25. November 2016

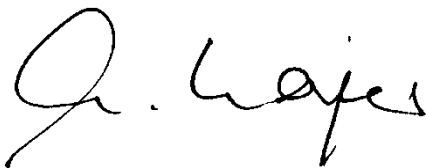
Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. In der Beilage lassen wir Ihnen den ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Hotellerie Ostschweiz würde sich freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Wir freuen uns auf einen weiterhin konstruktiven Austausch.

Mit freundlichen Grüssen



Urs Majer, Präsident



Patricia Bucher, Geschäftsführerin

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, markt-orientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

hotellerie Ostschweiz
 Patricia Bucher
 Rotenrainstrasse 48
 8645 Rapperswil-Jona
 Telefon 055 211 99 55
 E-Mail: patricia.bucher@bluewin.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Chur, 30. November 2016
JD/cb

Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. In der Beilage lassen wir Ihnen den ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

mit freundlichen Grüssen

hotelleriesuisse Graubünden

Ernst Wyrsch
Präsident

Dr. iur. Jürg Domenig
Geschäftsführer

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Ar-

	beitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, markt-orientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	--

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

hotelleriesuisse Graubünden
Herr Dr. iur. Jürg Domenig
Geschäftsführer
Haus der Wirtschaft
Hinterm Bach 40
7000 Chur

Tel 081 252 32 82
jdomenig@spin.ch



Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Chamblon, le 13 février 2017

Consultation: Initiative parlementaire de Buman ([15.410](#)) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Yverdon-les-Bains Région
Broye et Vallée de Joux

Suisse Romande **hotelleriesuisse** Swiss Hotel Association



Nicolas Frey
Président

Sophie Weber-Bovay
Secrétaire

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. • La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. • Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. • Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est

	inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact : nicolasfrey@bluewin.ch



Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Villars-sur-Ollon le 9.février 2017

Consultation: Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaitez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Dominique Dietrich
Président

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de

	plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :


Alpes Vaudoises
 Suisse Romande
 hotelleriesuisse Swiss Hotel Association
 Dominique Dietrich
 Président
 Eurotel Victoria
 1884 Villars-sur-Ollon

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Lugnorre, le 10 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Manuela Haupt
Directrice
La Rochette Lugnorre SA
Hôtel-Restaurant Mont-Vully
Rte du Mont 50
1789 Lugnorre FR

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
OUI	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
OUI	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

Manuela Haupt
Directrice

La Rochette Lugnorre SA
Hôtel-Restaurant Mont-Vully
Rte du Mont 50
1789 Lugnorre FR

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie und Pareshotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Interhome AG
Roger Müller
Sägereistrasse 27
8152 Glattbrugg



Telefon 043 211 78 00
roger.mueller@interhome.com
www.interhome.ch

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Moutier, le 13 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

JURA BERNOIS TOURISME

Guillaume Davot
Directeur

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs

	d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

JURA BERNOIS TOURISME
GUILLAUME DAVOT
Directeur
Av. de la Gare 9
2740 Moutier
T. +41 (0) 32 494 53 43

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Saignelégier, 10 février 2017

Consultation: Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

JURA TOURISME

Guillaume Lachat
Directeur

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats, frais de marketing et de commissions...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre canton. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie régionale. Nous sommes cependant durement touchés par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail et d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations

	d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	--

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :
Jura Tourisme
Guillaume Lachat
Place du 23-Juin 6
2350 Saignelégier

KONFERENZ DER REGIONALEN TOURISMUSDIREKTOREN DER SCHWEIZ (RDK)
CONFERENCE DES DIRECTEURS D'OFFICES DE TOURISME REGIONAUX DE SUISSE (CDR)
CONFERENZA DEI DIRETTORI DEGLI ENTI REGIONALI SVIZZERI DEL TURISMO (CDR)
CONFERENZA DALS DIRECTURS REGIONALS SVIZZERS DAL TURISSEM (CDR)

Kommission für Wirtschaft und
Abgaben (WAK)
Parlamentsgebäude
3003 Bern

14. Februar 2017 direkt +41 (0)41 227 17 09

marcel.perren@luzern.com

Stellungnahme betreffend

Vernehmlassung Bund: 15.410 Pa.IV. de Buman. Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen; Vernehmlassung zum Vorentwurf

Sehr geehrte Damen und Herren

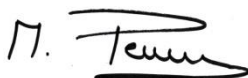
Sie haben uns zur Vernehmlassung im oben genannten Geschäft eingeladen. Als Präsident der Regionalen Tourismusedirektoren der Schweiz (RDK) leite ich Ihnen gerne unsere Stellungnahme weiter.

Die Hotellerie hat innerhalb des Tourismussektors in der Schweiz und im Kanton Luzern einen hohen Stellenwert. Ein wesentliches Problem der Schweizer Tourismuswirtschaft wird in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Durch die Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses im Januar 2015 hatte sich der Preiskampf mit ausländischen Destinationen noch verschärft. Ein dauerhafter Sondersatz wird als Unterstützung für eine Branche gesehen, die sich in einem Strukturwandel befindet und dauerhaft einem internationalen Wettbewerb ausgeliefert ist.

Wir schliessen uns daher dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit an, den Sondersatz für Beherbergungsleistungen nach fünf Verlängerungen nun unbefristet ins Gesetz zu verankern. Damit entsteht für die Beherbergungsbranche eine Planungssicherheit, dass in absehbarer Zeit der Sondersatz in Höhe von 3,8 Prozent nicht abgeschafft wird.

Wir bitten Sie, sich im Interesse der Hotellerie aber auch aller vor- und nachgelagerten Branchen für eine definitive Verankerung des Sondersatzes einzusetzen.

Freundliche Grüsse



Marcel Perren
Tourismusedirektor Luzern & Präsident RDK

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. • La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. • Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. • Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est

	inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact : Office du Tourisme du Canton de Vaud, M. Andreas Banholzer, Directeur, Av. d'Ouchy 60, Case postale 1125, 1001 Lausanne – Email : banholzer@region-du-leman.ch – Tél. 021 616 26 01

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz muss beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung.

	• Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Parahotellerie Schweiz
c./o. Schweizer Jugendherbergen
Schaffhauserstrasse 14
Postfach 8042 Zürich

Roger Seifritz
Delegierter Wirtschaftspolitik
roger.seifritz@reka.ch
031 329 67 67



Parahotellerie Schweiz ist eine Interessengemeinschaft der Schweizer Reisekasse Reka, Interhome AG, TCS Camping, Schweizer Jugendherbergen und Bed & Breakfast Switzerland. Die fünf Partner generieren zusammen jährlich fünf Millionen Übernachtungen. Sie bieten strukturiert bewirtschaftete Übernachtungsmöglichkeiten in der gesamten Schweiz an, verfügen über ein Qualitätsmanagement sowie Buchungszentralen. Parahotellerie Schweiz stärkt die bewirtschaftete Parahotellerie in unserem Land nachhaltig und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Entwicklung der Wertschöpfung im Schweizer Tourismus.

Administration fédérale des
contributions AFC
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Fribourg, le 9 février 2017

Consultation : Initiative parlementaire de Buman (15.410) «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

ASSOCIATION FRIBOURGEOISE DES HÔTELIERS

L'hôtelier

park inn

Lully, le 17 février 2017

Marie-Claude Ceriani
Acting Hotel Manager

15.410 Initiative parlementaire de Buman « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
OUI	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.

2.	À votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
OUI	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.) Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

Rezidor Park Switzerland AG
 Park Inn by Radisson Lully
 Restoroute Rose de la Broye A1/E25
 CH – 1470 Lully / Estavayer-le-Lac
 T :+41(0)26 664 86 86 F:+41(0)26 664 86 87
www.lully-parkinn.ch

Administration fédérale des contributions
Division principale Politique fiscale
Monsieur Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Montreux, le 13 février 2017

Consultation: Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.

Stéphane Krebs
Président

Bernard Schmid
Directeur

Annexes : mentionnées

15.410 Initiative parlementaire de Buman «Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement»

Procédure de consultation relative à l'avant-projet Questionnaire

1.	Pensez-vous que le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit être maintenu au-delà de l'année 2017 ?
Réponse	Oui, le taux spécial de TVA doit être maintenu. • La suppression du taux spécial affaiblirait encore plus l'hôtellerie, déjà malmenée par les conditions-cadres de notre pays (franc fort, coûts salariaux et d'achats...). La branche de l'hébergement, et, avec elle, le tourisme sont une branche économique importante pour notre région. L'hébergement apporte une contribution majeure à l'économie locale. Dans les destinations de montagne (Alpes et Jura), l'hôtellerie et la restauration emploient un très grand nombre de personnes. Ces régions sont cependant durement touchées par les mutations structurelles. L'hôtellerie et la restauration, de manière générale, sont confrontées depuis des années à des difficultés économiques. Celles-ci sont dues aux changements structurels rapides et aux fluctuations des taux de change. Une suppression du taux spécial de TVA aggraverait la situation de manière durable, entraînerait la disparition de nombreuses places de travail, voire même d'entreprises, et déboucherait finalement sur une perte des recettes fiscales. Cela d'autant plus qu'une hausse de la TVA ne peut être reportée sur les prix, donc les clients, car la marge de manœuvre est inexistante, notamment en raison du franc fort. • Le taux spécial soutient la compétitivité internationale En Suisse, près de 55% des nuitées sont générées par des hôtes étrangers. L'hôtellerie compte donc au nombre des principales branches d'exportation en Suisse. Le taux spécial de TVA est un instrument majeur de promotion de l'exportation des prestations. Quand la TVA a remplacé l'impôt sur le chiffre d'affaires en 1995, les industries exportatrices en ont été exonérées. Il est donc justifié qu'en tant que branche exportatrice, l'hôtellerie qui compte plus de 50% de clients étrangers, soit soumise à un taux TVA inférieur de moitié au taux normal. Sous l'effet de l'érosion des frais de voyage, l'hébergement est un coût qui pèse toujours plus lourd dans le prix global des vacances. Le touriste est très sensible au prix de la chambre. C'est précisément pour cette raison que 25 des 28 Etats membres de l'UE appliquent depuis des années un taux spécial pour l'hébergement au nom de la compétitivité internationale et de la stimulation de la demande. • Le taux spécial contribue à lutter contre le niveau élevé des coûts en Suisse Le tourisme ne peut déplacer son site de production à l'étranger et il doit obligatoirement acheter la plupart de ses prestations préalables (prestations de travail, immobilier, denrées alimentaires) en Suisse. Dans les pays limitrophes (Allemagne, Autriche, France, Italie), la branche de l'hôtellerie et de la restauration peut acheter ses prestations préalables à des prix inférieurs de plus de 20% à ceux que doivent payer les hôteliers en Suisse. La rémunération du travail y est

	inférieure de plus de moitié à celle pratiquée en Suisse. Le taux spécial pour les prestations d'hébergement ne peut certes combler ces écarts, mais pour assurer un développement durable orienté vers le marché, l'hôtellerie suisse devrait bénéficier de conditions générales aussi proches que possible de celles de ses concurrents. • Le taux spécial n'occasionne pas de coûts supplémentaires Un ancrage du taux spécial dans la loi ne génère pas de pertes fiscales, il revient à maintenir le statu quo. N'oublions pas qu'avec plus de 900 millions de francs d'impôts payés, dont 300 millions provenant de l'hébergement, la branche de l'hôtellerie-restauration est le troisième plus gros contribuable TVA, derrière les branches du commerce et de la construction.
--	---

2.	A votre avis, le taux spécial de TVA applicable aux prestations d'hébergement doit-il être inscrit durablement dans la LTVA, comme le propose la majorité de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, ou limité à la fin de l'année 2020, comme le souhaite la minorité de la commission ?
Réponse	Le taux spécial pour les prestations d'hébergement doit être ancré durablement dans la loi sur la TVA. C'est un outil efficace qui, après 20 ans de caractère provisoire, doit être inscrit dans la loi sur la TVA pour une durée illimitée. La branche a plus que jamais besoin d'une planification financière sûre avec les conditions-cadres qui se durcissent ! Le peuple et la classe politique ont d'ailleurs montré à plusieurs reprises qu'ils tenaient à un statu quo dans la TVA, un ancrage définitif du taux spécial répond à cette demande. Une nouvelle limitation de la durée du taux spécial, qui serait d'ailleurs fixée à trois ans seulement et non plus à quatre comme jusqu'à présent, créerait une nouvelle insécurité et ne constituerait pas un engagement convaincant en faveur de l'hôtellerie et du tourisme. La branche est déjà exposée à des facteurs de risques, comme les difficultés économiques qui persistent depuis des années (fluctuations monétaires, pénurie de main-d'œuvre qualifiée, difficultés financières, etc.). Tout élément d'insécurité supplémentaire qu'induirait une nouvelle limitation de la durée du taux spécial détériorerait davantage le climat d'investissements. Or ces investissements sont cruciaux pour assurer l'avenir de l'hôtellerie et de la restauration en Suisse. Vu que la branche ne peut pas concurrencer les établissements à l'étranger au niveau des prix, elle doit pouvoir investir dans la sécurité et le développement de la qualité. Un taux spécial de TVA définitif permettra de mieux planifier ces investissements et de les rendre plus probables.

Adresse de contact :

Promove | Promotion économique Riviera-Lavaux
Rue de la Gare 2 / CP 1460
1820 Montreux

Bernard Schmid, Directeur
021 963 48 48
schmid@promove.ch



REMONTES MECANQUES
ALPES FRIBOURGEOISES
SEILBAHNEN FREIBURGER ALPEN

Rue de l'Hôpital 15, 1700 Fribourg/Freiburg
Tél. 026 350 33 00

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Per E-Mail : vernehmlassungen@estv.admin.ch

Freiburg, 14. Februar 2017 – PF

Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen – Stellungnahme von Seilbahnen Freiburger Alpen

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit zur dauerhaften Verankerung des MWST-Sondersatzes Stellung zu nehmen. Rund ein Fünftel des Umsatzes der Seilbahnbranche wird durch Gastronomie und Beherbergungsleistungen erwirtschaftet. Aus diesem Grund hat Seilbahnen Freiburger Alpen ein grosses Interesse sich zum vorliegenden Geschäft zu äussern.

Unsere Vernehmlassungsantwort entnehmen Sie dem ausgefüllten Fragebogen im Anhang.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unser Anliegen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

REMONTES MECANQUES ALPES FRIBOURGEOISES

Pascal Fragnière
Secrétaire patronal

Beilage erwähnt.

Partenaire / Partner



sponsors / Sponsoren



15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

Stellungnahme von Seilbahnen Freiburger Alpen (RMAF)

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte aus folgenden Gründen beibehalten werden: • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Beherbergungsbranche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Tourismus überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkurschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist und weil aufgrund der Standortgebundenheit die Produktion nicht ausgelagert werden kann. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist der Tourismus eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung seit Jahren einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die touristischen Leistungsträger oder die Beherbergungsbranche an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht

	wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie die Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zur Hotellerie. Diese ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation in der Hotellerie zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im gesamten Gastgewerbe im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da die Schweizer Hotellerie mit ihren hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:
 Seilbahnen Feiburger Alpen
 Herr Pascal Fragnière
 Postfach 1552
 1701 Freiburg
 pascal.fragniere@upcf.ch
 026 350 33 00

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Vorab per Email an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Brig/Sion, 10. Februar 2017

Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen – Stellungnahme der Walliser Bergbahnen

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösster Regionalverband von Seilbahnen Schweiz (SBS) erlauben sich die Walliser Bergbahnen (WBB/RMV) in Übereinstimmung mit dem Dachverband SBS, nachfolgende Stellungnahme zu rubrizierter Thematik einzureichen.

Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Tourismus überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist.

Der befristete Sondersatz für Beherbergungsleistungen wurde 1996 aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage der Tourismusbranche eingeführt und seither insgesamt fünfmal verlängert.

Nach insgesamt fünf Verlängerungen macht eine erneute Verlängerung keinen Sinn mehr. Durch eine definitive Verankerung des Sondersatzes kann nicht nur der administrative Aufwand reduziert, sondern auch eine Rechts und Planungssicherheit geschaffen werden. Die Schwierigkeiten der Beherbergungsbranche sind unbestritten, was durch den Umstand, dass eine Mehrheit der Kommission diese Tatsache teilt, deutlich unterstrichen wird. Die Rechts- und Planungssicherheit ist für die Gastronomie und die Beherbergungsleistungen auch aus Sicht der Bergbahnen entscheidend, da zum einen ein Grossteil der Bergbahnen selber auch Gastro- und Beherbergungsleistungen betreiben und andererseits das Wirtschaftlichkeit und das Überleben dieser Branche einen direkten Einfluss auf die Frequenzen der Bergbahnen hat.

Aus diesen Gründen sprechen sich die WBB/RMV klar für eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen aus.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und begrüßen eine entsprechende Umsetzung.

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

Stellungnahme der Walliser Bergbahnen (WBB)

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte aus folgenden Gründen beibehalten werden: Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Beherbergungsbranche nachhaltig schwächen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Tourismus überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist und weil aufgrund der Standortgebundenheit die Produktion nicht ausgelagert werden kann. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist der Tourismus eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung seit Jahren einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die touristischen Leistungsträger oder die Beherbergungsbranche an. Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie die Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte

	Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zur Hotellerie. Diese ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation in der Hotellerie zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im gesamten Gastgewerbe im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da die Schweizer Hotellerie mit ihren hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Walliser Bergbahnen (WBB)
 Remontées Mécaniques du Valais (RMV)
 c/o APROA AG
 Viktoriastrasse 15
 3900 Brig
 T: 027 922 20 56
 frederic.bumann@aproa.ch
 www.bestofsnow.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Zürich, 16. Dezember 2016

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne reichen wir Ihnen unsere Stellungnahme zur „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“ ein.

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuerminder-einnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft.

- **Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit**

In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. **Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung.** Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund **wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an.**

- **Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen**

Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. **Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen**, wie unsere Mitbewerber sie kennen, **sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor** für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung.

- **Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten**

Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert **keine Steuer-ausfälle** und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Freundliche Grüsse

Schweizer Jugendherbergen

Fredi Gmür
CEO

Kontaktadresse:
Schweizer Jugendherbergen
Fredy Gmür, CEO
Schaffhauserstrasse 14
8042 Zürich
Tel. 044 360 14 31
f.gmuer@youthhostel.ch

Ittigen, 8. Februar 2017

Worbentalstrasse 32, 3063 Ittigen / Bern
Tel. 031 924 11 00
E-Mail: info@ssr-csa.ch

An die
Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

per Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch
(je in Word und PDF)

Stellungnahme des Schweizerischen Seniorenrates (SSR)
zur **Vernehmlassungsvorlage** 15.410 Pa.IV de Buman. Mehrwertsteuer.
Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) hat leider keine Einladung erhalten, zur Vernehmlassungsvorlage „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“ Stellung zu nehmen.

Als Organisation, die für eine Mitfinanzierung von AHV/IV aus der Mehrwertsteuer entsteht, möchten wir uns ebenfalls zur Vorlage äussern.

Einleitung

Aktuell gilt für Beherbergungsleistungen ein Sondersatz (3,8 %) der Mehrwertsteuer, welcher Ende 2017 ausläuft. Nachdem dieser bereits fünf Mal verlängert worden war, schlägt die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) vor, diesen im Mehrwertsteuergesetz dauerhaft zu verankern. Eine Minderheit der WAK-N möchte den Sondersatz nicht festschreiben, jedoch im Umfang von 3,7 % bis Ende 2020 verlängern.

Ad Parlamentarische Initiative Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen

- Der Beherbergungssektor ist von grosser volkswirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bedeutung. Dieser bietet vielen Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz und die Wertschöpfung ist beachtlich.

- Die Branche hat derzeit mit Defiziten beim Strukturwandel sowie mit dem momentan hohen Frankenkurs zu kämpfen.
- Deshalb vertritt der SSR mehrheitlich die Meinung, dass der Sondersatz der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen – wie bisher von 3,8 Prozent - letztmals bis Ende 2020 verlängert werden sollte.

Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Mehrwertsteuergesetz (MWSTG)

Ad Art. 25 Abs.4 erster Satz (Mehrheit)

Ablehnung: Der SSR lehnt die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen ab.

Ad Art. 25 Abs. 4 (Minderheit)

Zustimmung: Der SSR stimmt mehrheitlich einem Sondersatz für Beherbergungsleistungen bis 31.12.2020 zu. Dies jedoch wie bisher zu 3,8 Prozent.

Schlussbemerkungen

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben dienen zu können und stehen Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung. Wenden Sie sich bitte direkt an den Präsidenten unserer Kommission „Soziale Sicherheit“, Herrn Rechtsanwalt Josef Bühler, Schweizerischer Seniorenrat, Worblentalstrasse 32, 3062 Ittigen / Bern.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Seniorenrat



Roland Grunder
Co-Präsident



Michel Pillonel
Co-Präsident

Fragebogen im Anhang

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf

Fragebogen

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	<i>Der SSR stimmt einer letztmaligen Verlängerung des Sondersatzes bis Ende 2020 mehrheitlich zu. Dieser soll wie bisher 3,8 Prozent betragen.</i>

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	<i>Eine dauerhafte Verankerung wird abgelehnt. Mehrheitliche Zustimmung zu einer letztmaligen Verlängerung des Sondersatzes – wie bisher zu 3,8 % - bis Ende 2020.</i>

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suis-setec), Urs Hofstetter, Auf der Mauer 11, Postfach, 8021 Zürich

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Unsere Mitglieder lehnen es mehrheitlich ab, dass der MWSt-Sondersatz über das Jahr 2017 hinaus Bestand hat.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Wir sprechen uns klar gegen eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes aus. Auch andere Branchen befinden sich in einem Strukturwandel und sind Wechselkurschwankungen ausgesetzt, ohne jedoch von einem MWSt-Sondersatz profitieren zu können. In einem solchen Umfeld sind viel mehr Unternehmerqualitäten gefragt als „steuer-kosmetische“ Massnahmen. Durch das Vorhandensein von verschiedenen Mehrwertsteuersätzen kommt es in Gewerbe und Verwaltung zudem zu administrativem Zusatzaufwand. Dieser ist durch die Einführung eines Einheitssatzes zu eliminieren.

15.12.2016



Seilbahnen Schweiz
Remontées Mécaniques Suisses
Funivie Svizzere
Pendicularas Svizras

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 08. Februar 2017
Tel. +41 33 972 23 27, maurice.rapin@seilbahnen.org

Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen – Stellungnahme von Seilbahnen Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit zur dauerhaften Verankerung des MWST-Sondersatzes Stellung zu nehmen. Rund ein Fünftel des Umsatzes der Seilbahnbranche wird durch Gastronomie und Beherbergungsleistungen erwirtschaftet. Aus diesem Grund hat Seilbahnen Schweiz ein grosses Interesse sich zum vorliegenden Geschäft zu äussern.

Unsere Vernehmlassungsantwort entnehmen Sie dem ausgefüllten Fragebogen im Anhang.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unser Anliegen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Ueli Stückelberger
Direktor

Beilage: erwähnt
Kopie an: DdB, fjo, mra, ake

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

Stellungnahme von Seilbahnen Schweiz (SBS)

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte aus folgenden Gründen beibehalten werden: Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Beherbergungsbranche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Tourismus überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkurschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist und weil aufgrund der Standortgebundenheit die Produktion nicht ausgelagert werden kann. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist der Tourismus eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung seit Jahren einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die touristischen Leistungsträger oder die Beherbergungsbranche an. Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht

	wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie die Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zur Hotellerie. Diese ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation in der Hotellerie zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im gesamten Gastgewerbe im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da die Schweizer Hotellerie mit ihren hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:
 Seilbahnen Schweiz
 Bereich Tourismus & Mitglieder
 Dählhölzliweg 12
 3000 Bern 6
 maurice.rapin@seilbahnen.org
 031 359 23 27

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Sempachersee Tourismus
Centralstrasse 9
6210 Sursee
T +41 (0)41 920 44 44
info@sempachersee-tourismus.ch
www.sempachersee-tourismus.ch

Sursee, 26. Januar 2017

Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman
„Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für
Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum
Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. Mit
diesem Brief erhalten Sie den ausgefüllten Fragebogen.

Wir freuen uns, wenn unser Anliegen auf Zustimmung stösst und der
Sondersatz für Beherbergungsleistungen gesetzlich dauerhaft verankert
wird.

Bewegte Grüsse

Sempachersee Tourismus

Guido Durrer
Präsident

Peter Regli
Geschäftsführer

Sempachersee Tourismus

Centralstrasse 9

6210 Sursee

T +41 (0)41 920 44 44

info@sempachersee-tourismus.ch

www.sempachersee-tourismus.ch

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz soll beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes schwächt die Branche nachhaltig. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes verschärft die Situation dauerhaft, führt zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Sempachersee Tourismus
Centralsstrasse 9
6210 Sursee

041 920 44 44
peter.regli@sempachersee-tourismus.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Brunnen, 22. Dezember 2016

Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. In der Beilage lassen wir Ihnen den ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SWISS KNIFE VALLEY AG

Marcel Muri, Geschäftsführer

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, markt-orientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

Swiss Knife Valley AG
 Bahnhofstrasse 3
 Postfach 554
 6440 Brunnen

Administration fédérale des contributions AFC
Division principale Politique fiscale
M. Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Berne

Neuchâtel, le 13 février 2017

Consultation: Initiative parlementaire de Buman (15.410) « Ancrer durablement le taux spécial de TVA applicable à l'hébergement »

Monsieur,

Nous vous remercions vivement de l'occasion qui nous est donnée de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'avant-projet ci-dessus. Nous vous faisons parvenir en annexe le questionnaire complété.

Nous serions très heureux que nos demandes reçoivent un accueil favorable et que le taux spécial de TVA pour les prestations d'hébergement soit ancré dans la loi pour une durée illimitée. Nous nous tenons volontiers à votre disposition pour vous fournir tout complément d'information que vous souhaiteriez obtenir.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments distingués.



TOURISME NEUCHÂTELOIS
Yann Engel, directeur

Ferienregion Scuol Samnaun Val Müstair

**Tourismus Engadin Scuol Samnaun
Val Müstair AG (TESSVM)**
Stradun 403a, 7550 Scuol
MwSt-Nr. CHE-115.911.767

Tel. +41-81-861 88 00
Fax +41-81-861 88 01
info@engadin.com
www.engadin.com

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern
Per E-Mail an beat.spicher@estv.admin.ch

20. März 2017 / Urs Wohler, u.wohler@engadin.com, Tel. 081 861 88 02

Stellungnahme 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Stimà sar Spicher,

Wir nehmen gerne die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“ wahr. Da wir sehr eng mit der Hotellerie zusammenarbeiten, sind wir verpflichtet, uns für sie einzusetzen. Die folgenden Punkte sind uns ein besonderes Anliegen:

- Wir begrüssen grundsätzlich die Vernehmlassung zum MWST-Sondersatz für die Beherbergungsleistungen und sind dafür, dass der MWST-Sondersatz beibehalten werden soll.
- Zudem sind wir der Meinung, dass der Sondersatz definitiv verankert werden soll und den Sondersatz nicht auf 3 Jahre zu befristen.

Wir würden uns freuen, wenn der Sondersatz über die Beherbergungsleistungen dauerhaft verankert werden könnte und gesetzlich geregelt werden würde. Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Amiaivels salüds,

Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG



Urs Wohler
Direktor



Tinetta Strimer
Leiterin Zentrale Dienste

Kopie

Christian Rainer, Präsident Hotellerie Suisse Graubünden, Sektion Scuol/Tarasp/Vulpera

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Luzern, 20. März 2017

**Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen –
Stellungnahme der Transportunternehmen Zentralschweiz (TUZ)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit zur dauerhaften Verankerung des MWST-Sondersatzes Stellung zu nehmen. Die Transportunternehmen Zentralschweiz TUZ vertreten als Regionalverband von Seilbahnen Schweiz die Interessen der Zentralschweizer Seilbahnen. Rund ein Fünftel des Umsatzes der Seilbahnbranche wird durch Gastronomie und Beherbergungsleistungen erwirtschaftet. Aus diesem Grund haben wir das grosse Bedürfnis, uns zum Thema zu äussern.

Unsere Vernehmlassungsantwort entnehmen Sie dem ausgefüllten Fragebogen im Anhang.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unser Anliegen. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Transportunternehmen Zentralschweiz TUZ



Sepp Odermatt
Präsident



Adrian Bühlmann
Geschäftsführer

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf Fragebogen

Stellungnahme der Transportunternehmungen Zentralschweiz TUZ (Regionalverband von Seilbahnen Schweiz)

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte aus folgenden Gründen beibehalten werden: • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Beherbergungsbranche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Tourismus überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkurschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist und weil aufgrund der Standortgebundenheit die Produktion nicht ausgelagert werden kann. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist der Tourismus eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht

	wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie die Mitbewerber sie kennen, sind aber für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen soll dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Beherbergungsgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:
Transportunternehmungen Zentralschweiz TUZ
Adrian Bühlmann, Geschäftsführer
Sempacherstrasse 1
6003 Luzern
Mail: adrian.buehlmann@tu-z.ch
Telefon: 041 360 70 73

15.410

Parlamentarische Initiative de Buman

«Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen»

Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf / Fragebogen

Geht an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja. Der Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen ist von grosser Wichtigkeit für die Beherbergungsbranche und den Tourismus. Deshalb sollte er bestehen bleiben und <u>dauerhaft verankert</u> werden. Die momentane Wirtschaftslage und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben dem Tourismusstandort Schweiz massiv geschadet. Der starke Franken ist ein wichtiger Grund für die Wachstumsschwäche bei ausländischen Gästen. Die Aufgabe des Euro-Mindestkurses hatte katastrophale Auswirkungen auf den Schweizer Tourismus. Zwischen den Jahren 2008 und 2015 nahm die Anzahl europäische Gäste um 29% ab. Alleine im Jahr 2015 betrug der Rückgang 9.3%. Da die Mehrheit der Übernachtungen von ausländischen Gästen gebucht wird, stellen sie eine besonders wichtige Gruppe dar. Falls die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestehen bleiben, wird die Zahl der ausländischen Touristen weiterhin abnehmen, was sowohl der Beherbergungsbranche wie auch der Schweizer Wirtschaft massiv schaden würde. In diesen schwierigen Zeiten ist die Weiterführung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen besonders wichtig. Eine Aufhebung würde dazu führen, dass die Beherbergungsbetriebe die zusätzlichen Kosten tragen müssten, weil eine Preiserhöhung aufgrund des intensiven Wettbewerbs und der Preissensibilität der Nachfrage nicht möglich ist. Die Beherbergungsbetriebe sind jetzt schon mit einem viel höheren Kostenniveau als im Ausland konfrontiert. Zusätzliche Kosten und ein abnehmender Umsatz aufgrund der Frankenstärke würden dazu führen, dass viele Beherbergungsbetriebe schliessen müssten. Arbeitsplatzverluste und Steuerausfälle wären die Folgen. Deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die Beherbergungsbranche entlastet und der Tourismusstandort Schweiz gestärkt wird, um diesen besorgniserregenden Entwicklung entgegenzutreten.

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Ja. Beherbergungsleistungen haben Exportcharakter und eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes stärkt den Tourismusstandort Schweiz. Deshalb muss der Sondersatz für Beherbergungsleistungen <u>dauerhaft verankert</u> werden. Die <u>dauerhafte</u> Verankerung des Sondersatzes stärkt den Tourismusstandort Schweiz. Denn das hohe Kostenniveau in der Schweiz schränkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Beherbergungsbetriebe ein. Diese sind standortgebunden und müssen ihre Leistungen zu hiesigen Kosten erbringen. Zudem ist die Nachfrageseite in der Branche äusserst preissensibel. Dadurch können schon geringfügige Preiserhöhungen zu massiven Nachfragerückgänge führen. Aus diesen Gründen sind die Schweizer Betriebe im Vergleich zu ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt. Eine dauerhafte Verankerung des Sondersatzes kann ähnliche Rahmenbedingungen wie im Ausland schaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Beherbergungsbranche stärken. Zudem ist zu betonen, dass fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen reduzierten Satz für Beherbergungsleistungen anwenden. Auch deshalb muss der Sondersatz dauerhaft verankert werden. Als Grenzkanton steht der Kanton Basel-Stadt im Wettbewerb mit den angrenzenden Ländern. Deshalb ist es für uns besonders wichtig, dass ähnliche Rahmenbedingungen gewährleistet werden wie in unseren Nachbarländern. Denn die hohen Kosten und der starke Franken schränken die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes ein. Viele Freizeittouristen, Geschäftsreisende, Messe- und Kongresstouristen bevorzugen es, im angrenzenden Ausland zu übernachten, wenn sie die Stadt Basel besuchen. Wenig überraschend, dass die Hotelkapazitäten im nahen Ausland laufend ausgebaut werden! Da in der Schweiz 55% der Übernachtungen durch ausländische Gäste gebucht werden und in Basel sogar 70%, stellt die Hotellerie eine Exportbranche dar. Sie trägt dadurch wesentlich zur Gesamtwertschöpfung bei. Sie erbringt aber die Leistungen im Inland. Deshalb profitiert sie nicht von der Mehrwertsteuerbefreiung bei Exportleistungen. Eine dauerhafte Verankerung würde den Exportcharakter berücksichtigen.

Basel, 13. Februar 2017

Wirtverband Basel-Stadt
Freie Strasse 82, CH-4010 Basel
Telefon 061 271 30 10

Josef Schüpfer, Präsident
Maurus Ebnetter, Delegierter des Vorstands

praesident@baizer.ch
ebnetter@baizer.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Zürich, 28. November 2016

Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. In der Beilage lassen wir Ihnen den ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

ZÜRCHER HOTELIERS

Martin von Moos

Präsident

Marianne Dobler-Müller

Geschäftsleiterin

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. • Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. • Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. • Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, markt-orientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse:

ZÜRCHER HOTELIERS
Dufourstrasse 147
8008 Zürich

Auskunftsperson:

Marianne Dobler-Müller
Geschäftsleiterin
Tel. 044 350 04 12

Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Hauptabteilung STP
Herr Beat Spicher
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Zürich, 21. Dezember 2016

Vernehmlassung: 15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

Sehr geehrter Herr Spicher

Für die Gelegenheit, im Rahmen des Vorentwurfs zum Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen, danken wir bestens. In der Beilage lassen wir Ihnen den ausgefüllten Fragebogen zukommen.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Anliegen auf Zustimmung stossen und die dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen gesetzlich geregelt würde. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Martin Sturzenegger
Direktor Zürich Tourismus

Reto Helbling
Vizedirektor Zürich Tourismus

15.410 Parlamentarische Initiative de Buman „Mehrwertsteuer. Dauerhafte Verankerung des Sondersatzes für Beherbergungsleistungen“

**Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf
Fragebogen**

1.	Sind Sie der Meinung, dass der MWST-Sondersatz für Beherbergungsleistungen über das Jahr 2017 hinaus Bestand haben soll?
Antwort	Ja, der MwSt-Sondersatz sollte beibehalten werden. Eine Abschaffung des Sondersatzes würde die Branche nachhaltig schwächen. Die Beherbergungsbranche und mit ihr der Tourismus sind ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Schweiz und leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaft. In den klassischen Feriendestinationen in den Alpen sind im Gastgewerbe überdurchschnittlich viele Personen angestellt. Diese Regionen sind jedoch durch den Strukturwandel besonders schwer betroffen. Das Gastgewerbe befindet sich insgesamt seit Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation, die durch den schnellen Strukturwandel und Wechselkursschwankungen entstanden ist. Eine Abschaffung des MWST-Sondersatzes würde die Situation dauerhaft verschärfen, zu grösseren Arbeitsplatzverlusten und letztlich zu Steuermindereinnahmen führen. Dies auch deshalb, weil eine Umwälzung der dadurch entstehenden Kosten auf die Gäste und somit auf die Preise nicht möglich ist. Hier ist der Spielraum bereits ausgeschöpft. Der Sondersatz unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit In der Schweiz werden zirka 55 % der Logiernächte durch ausländische Gäste erbracht. Damit ist die Hotellerie eine der wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Der MwSt-Sondersatz ist hierbei ein wichtiges Instrument der Exportförderung. Bei der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer 1995 wurden die Exportindustrien von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Die Hotellerie mit einem Anteil von über 50% ausländischen Gästen wird deshalb als Exportindustrie zu Recht einem um die Hälfte tieferen MWST-Satz unterstellt. Mit der Erosion der Reisekosten wird die Übernachtung immer mehr zum grössten Kostenfaktor eines Ferienarrangements. Der Verkauf von Logiernächten ist deshalb besonders preissensibel. Aus diesem Grund wenden auch 25 der 28 EU-Staaten im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Nachfrageförderung für die Beherbergung einen Mehrwertsteuer-Sondersatz für die Beherbergungsbranche seit Jahren an. Der Sondersatz trägt dazu bei, das hohe Kostenniveau in der Schweiz zu bekämpfen Der Tourismus kann seinen Standort nicht ins Ausland verlagern und muss die meisten Vorleistungen (Arbeitsleistung, Immobilien, Lebensmittel etc.) gezwungenermassen in der Schweiz beschaffen. Das Gastgewerbe der umliegenden Länder (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien) kann seine Vorleistungen um rund 20 Prozent günstiger beziehen als das Schweizer Gastgewerbe. Die Arbeitsleistung wird dort um mehr als 50 Prozent weniger vergütet. Der Satz für Beherbergungsleistungen kann diese Unterschiede zwar nicht wettmachen; gleiche Rahmenbedingungen, wie unsere Mitbewerber sie kennen, sind aber

	für die Schweizer Hotellerie ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige, marktorientierte Strukturentwicklung. • Der Sondersatz verursacht keine zusätzlichen Kosten Eine Verankerung des Beherbergungssatzes generiert keine Steuerausfälle und kommt einem Erhalt des Status Quo gleich. Es darf nicht vergessen gehen, dass das Gastgewerbe nach den Branchen „Handel“ und „Baugewerbe“ mit über 900 Millionen Franken, wovon gut 300 Millionen aus der Beherbergung stammen, der drittgrösste Beitragszahler für die Mehrwertsteuer ist.
--	---

2.	Soll der Sondersatz für Beherbergungsleistungen dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden, wie dies die Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vorschlägt, oder nur befristet bis Ende 2020, wie es die Minderheit der Kommission vorschlägt?
Antwort	Der Sondersatz für Beherbergungsleistungen sollte dauerhaft im Mehrwertsteuergesetz verankert werden. Er ist ein bewährtes Mittel, das nach 20 Jahren Provisorium definitiv im Mehrwertsteuer-Gesetz verankert werden muss. Denn die Branche braucht jetzt und unter den sich verschärfenden Rahmenbedingungen Planungssicherheit! Volk und Politik haben im Übrigen vermehrt am Status Quo bei der Mehrwertsteuer festgehalten, eine definitive Verankerung des Beherbergungssatzes kommt diesem Wunsch nach. Eine weitere Befristung des Sondersatzes, die zudem nur 3 Jahre anstatt wie bisher 4 Jahre beträgt, würde zusätzliche Unsicherheit erzeugen und wäre kein überzeugendes Bekenntnis zum Gastgewerbe. Dieses ist ohnehin durch Unsicherheiten gekennzeichnet, wie die bereits seit Jahren andauernde schwierige Situation im Gastgewerbe zeigt (Währungsschwankungen, Fachkräftemangel, Finanzierungsklemme u.a.). Jede zusätzliche Unsicherheit durch eine erneute Befristung des Sondersatzes würde das Investitionsklima im Gastgewerbe noch weiter verschlechtern. Investitionen sind aber sehr wichtig um die Zukunftsfähigkeit des Gastgewerbes weiterhin sicherzustellen. Da das Schweizer Gastgewerbe mit seinen hohen Preisen nicht über den Preis mit den ausländischen Mitbewerbern konkurrieren kann, müssen gerade Investitionen in die Sicherung und den Ausbau der Qualität fliessen. Diese werden mit einem definitiven MwSt-Sondersatz planbarer und damit wahrscheinlicher.

Kontaktadresse: Zürich Tourismus
Stampfenbachstrasse 52
8006 Zürich